

PROTOKOLL

über die 27. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 8. September 1988, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d .

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VICEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsi

Erich Sablik

Ing. Schloßgangl Othmar

Rudolf Steinmaßl

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Josef Brandstötter

Walter Hahn

Mag. Gerhard Klausberger

Herbert Lang

Johann Manetsgruber

Rudolf Pickl

Ing. Karl Pragerstorfer

Franz Rohrauer

Gertrude Schreiberhuber

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Anton Vorhauer

Alfred Wallner

Christine Wieser

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

SR. Dr. Gottlieb-Zimmermann Peter

Dr. Kurt Schmidl

OAR. Helmut Riedler

OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

Winklmayr Eveline

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung des neuen Gemeinderatsmitgliedes Ing. Karl Pragerstorfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS.

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Wi - 2569/88	ARBÖ-Städteatlas Österreich - Klubgabe 1989; Insertion
GHJ 2 - 3179/88	Sporthalle Tabor; Behebung eines Rohrbruches
Ha - 7379/87	Österr. Gesellschaft für Eisenbahngeschichte - Steyrtal-Museumsbahn, außerordentliche Subvention
GHJ 2 - 3855/88	Austausch des Sandes in den Spielkästen der städtischen Kindergärten und öffentlichen Kinderspielplätze
Bau 3 - 3155/82	Herstellung einer Radfahrerkarte für die Stadt Steyr; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 7.10.87.
En - 597/88	Sanierung der öffentlichen Straßenbeleuchtung am Stadtplatz
Bau 5 - 3856/88	Rathaus - Rechtsreferat; Umbauarbeiten
GHJ 2 - 3751/88	VHS Stelzhamerstraße 11, Heizungsrohrbruch
Ha - 784/88	Gewährung von Subventionen an kulturelle, caritative und soziale Organisationen im Jahr 1988
Ha - 4667/88	OÖ. Landesbienenzüchterverein - Ortsgruppe Steyr; außerordentliche Subvention
Wi - 2321/88	Sonderbeilage "Steyr" der OÖ. Nachrichten vom 25. 4. 1988; Druckkostenbeitrag
Bau 5 - 6301/87 Bau 6 - 3398/88	Ausbau der Infangstraße; Zufahrt Sportzentrum Glaser

Bau 5 - 3745/88	Rathaus, Stadtplatz 27, Reparatur der Turmuhr
Ha - 3528/88	Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege"; Subvention
ÖAG-1201/87	Betriebsniederlassung der Fa. STOBA in Steyr; Gewerbeförderung
Gem-3906/87	Josef Froschauer, Steyr; Ausgleich; Abschreibung offener Angabenrückstände sowie des Gewerbeförderungsdarlehens
Wi-5471/86	Vereinsdruckerei Steyr - Steyrer-Kalenderverlag; Herausgabe des Steyrer-Kalenders 1989; Insertion
ÖAG-4766/88 Müllabfuhr	Mülldeponie der Stadt Steyr, Deponieentgasung
Pers-633/88	Einsatzfahrzeug der städt. Elektriker 0-135.100 (Fiat Fiorino); Ersatzbeschaffung
GHJ2-4938/88	Stadtbad - Dienstwohnung; Fenstererneuerung
GHJ2-5256/88	Kindergarten Wokralstraße 5; Erneuerung von Heizkörperventilen und -rohren
GHJ2-5128/88	Standesamt - Schloß Lamberg; Aufbewahrung der Personenstandsbücher und der Sammelakten; Umbaumaßnahmen

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

1. PräS-696/88 Ing. Karl Pragerstorfer - Nachfolge in den Gemeinderat der Stadt Steyr; Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.
2. K-2846/88 Steyr - Eisenerz; Abschluß eines Partnerschaftsvertrages.
3. K-7000/87 Abwicklung der Gastspielsaison 1988/89 des Landestheaters Linz im Stadttheater Steyr; Abschluß eines Werkvertrages.
4. Ha-3919/88 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
5. Rp-800/87 Kontrollamt der Stadt Steyr; Jahresbericht 1987 gemäß § 35 Abs. 3 StS.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

6. Buch-7100/87 Rechnungsabschluß 1987.
7. GemIII - 3121/88 Gemeinde-Getränkesteuerordnung.
8. Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung;
Rechnungsabschluß 1987.
9. Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung;
Bauabschnitt 06; Darlehen des
Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme.
10. Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung;
Bauabschnitt 04 - Zentrale Kläranlage -
Schlammentwässerung und Mülldeponie der Stadt
Steyr; Abänderung der Zusicherung des
Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

11. GHJ 2 - 3383/88 Generalreparatur der Aufzugsanlage im Objekt
Hanuschstraße 1.
12. Bau5-3981/87 Umbau Zentralaltersheim; Vergabe weiterer Arbeiten
und Mittelfreigabe.
13. Präs - 784/87 Rentex-Inkontinenzverfahren; Kreditüberschreitung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

14. ÖAG-2680/84 Systementsorgungskonzept; Aufstellung von Glas-
Müllabfuhr containern; Subvention.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

15. ÖAG-500/88 Ankauf eines UNIMOG U 1200 mit
Straßenkehrmaschine-Schnellwechselaufbau.
16. En - 597/88 Ankauf von Elektromaterial für das Beleuchtungspro-
gramm 1988 zur Instandhaltung der Beleuchtung
Steinbrecherring und Gründbergsiedlung sowie für
die Beleuchtungsvorhaben Schlüsselhof, Fischhub und
Kleinramingstraße.
17. Bau4-2600/88 Neubau der Seufzerbrücke in Steyr im Zuge des Aus-
Bau3-1240/81 baues Steinerstraße - Klosterstraße.
18. Bau3-1163/88 Gehsteigverbreiterung und Niveaugestaltung um den
Leopoldi-Brunnen am Stadtplatz.

19. Bau3-3766/88

B 122 (Voralpenbundesstraße) - Belagsarbeiten im Bereich Seifentruhe und auf der Gemeindestraße Wiesenberg samt Fahrbahnverbreiterung im Kreuzungsbereich Seifentruhe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

20. Bau2-6130/87

Bebauungsplan Nr. 10 - Änderung Nr. 1 - Tabor - Styria.

21. Bau2-565/88

Bebauungsplan Nr. 34 - Schlühlsmayr; Änderung Nr.2.

22. Bau2-4541/87

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 42 - Reder Andrea.

23. Bau2-7412/87

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 48 - Firma Hilbert.

24. Bau2-5710/87

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 49 - Dr. Hermine Hofer.

25. Bau2-3880/88

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 50; F. Hartlauer.

26. Bau6-5381/87

Kanalisation Münichholz; Errichtung Pumpwerk Forelle.

27. Bau6-2370/87

Kanalisation Reichenschwall - Pyrach; NS B 2 Stelzhamerstraße - NS 15 Sarninggasse; Nachtragsangebote Nr. 1 und 2 - Abrechnungen der Stadtwerke für Wasserleitungsverlegung und Auftragserweiterung an die Fa. DI. Dr. Koller GmbH., Grein.

28. GHJ2-2500/88

WC-Anlage Eisengasse Adaptierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

29. ÖAG-3490/88
Stadtwerke

Ankauf von zwei Steyr-Stadtlinienbussen für den städtischen Verkehrsbetrieb.

30. ÖAG-3439/88
Stadtwerke

Kanalbau Schlüsselhof; Sanierung des Trinkwasserverteilungsnetzes und Neuverlegung von Niederdruckgasleitungen.

31. ÖAG-3808/88
Stadtwerke

Aufschließung Freizeitzentrum Steyr - Verlegung der Trinkwasser- und Erdgasversorgungsleitungen.

32. ÖAG-4170/88
Stadtwerke

Niederdruckgasleitung Wachturmstraße; Sanierung.

33. ÖAG-4843/88
Stadtwerke

Verlegung einer Niederdruckgasleitung (Hauptversorgungsstrang) in der Dr. Alfred Klar-Straße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

34. GHJ2 - 1764/88 Hauptschule Promenade 16; Kanalerneuerungs- und Asphaltierungsarbeiten; Montage eines Fahrradständers.
35. GHJ2 - 3746/88 Fassadeninstandsetzung Musikschule, Brucknerplatz.
36. GHJ1/3210/88 Anschaffung von Kopiergeräten für den Magistrat Steyr.
37. Bau2-3090/88 Übernahme eines Teilstückes der Friedhofstraße in das öffentliche Gut.
38. ÖAG-7616/87 Verkauf des Grundstückes 1382/1 Bfl., EZ. 457, an die Schmid Warenhandels-Ges.m.b.H., Steyr, Pachergasse 4.
39. Bau2-5670/86 Parzellierung und Verkauf der Schladergründe in Gleink.
40. Ha-7013/87 Förderungsmaßnahmen der Stadt Steyr für Pensionistenwohnungen; Altenwohnheim Münchenholz.
41. SanR-6412/87 ÖÖ. Rettungsgesetz 1988; Vertrag mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Oberösterreich.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß den Statuten entsprechend einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich ersuche die Herren Gemeinderäte Vorhauer und Wallner um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Beide Herren sind einverstanden. Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung der Herr Gemeinderat Enöckl, Herr Gemeinderat Mayrhofer, Frau Gemeinderat Probst, Herr Gemeinderat Eichhübl, Herr Gemeinderat Straßer, Herr Gemeinderat Hochrather, Herr Gemeinderat Wieser, Herr Gemeinderat Tremel und Herr StR.Zöchling. Meine Damen und Herren, Herr Gemeinderat Franz Ramoser hat mit Wirkung vom 31. August 1988 sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt. Es ist daher eine Notwendigkeit, eine Ergänzung des Gemeinderates vorzunehmen. Seitens der GAL wurde nach Maßgabe des Gemeindewahlvorschlages Herr Ing. Karl Pragerstorfer als neuer Gemeinderat nominiert. Herr Gemeinderat Ramoser gehörte seit Oktober 1985 dem Gemeinderat der Stadt Steyr an und war im gemeinderätlichen Prüfungsausschuß mit Stimmrecht, in den übrigen gemeinderätlichen Ausschüssen mit beratender Stimme tätig.

Ich möchte nicht versäumen, Herrn Ramoser hier offiziell für seine Mitarbeit im Gemeinderat herzlich zu danken. Er hat sich immer sehr engagiert und manches Mal sind ob seiner Beiträge die Wellen im Gemeinderat ziemlich hoch gegangen. Das darf ich also sagen. Wir kommen nun zur Angelobung des neuen Gemeinderatsmitgliedes Herrn Ing. Karl Pragerstorfer. Gemäß § 9 des Statutes für die Stadt Steyr haben später eintretende Gemeinderatsmitglieder (Ersatzmitglieder) das Gelöbnis in der ersten Gemeinderatssitzung, an der sie teilnehmen, zu leisten.

Das Gelöbnis ist vor dem Gemeinderat mit den Worten abzulegen:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Herr Gemeinderat Ing. Pragerstorfer, bitte erheben Sie sich vom Platz und sprechen Sie die Worte: "Ich gelobe".

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Ihnen Herr Gemeinderat Pragerstorfer und darf Sie bitten um Ihre Mitarbeit im Sinne der Bevölkerung unserer Stadt. Ich darf dazu noch ganz ausführen, wir haben im kleinen Kreis ein persönliches Gespräch bereits geführt zu Beginn dieser Woche und ich darf Sie also nochmals bitten um Ihre produktive Mitarbeit.

Wir kommen somit zu Punkt 3 zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 Mitteilungen des Bürgermeisters und hier bitte ich um Verständnis dafür, daß der Rahmen meiner Mitteilungen aufgrund einiger aktueller Ereignisse etwas umfangreicher sein wird als das üblich ist.

Zunächst ein kurzer Bericht über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage.

Der diesbezügliche Bericht des Arbeitsamtes Steyr stammt vom 2. 8. 1988.

Danach waren Ende Juli 2.515 Arbeitslose beim Arbeitsamt Steyr vorgemerkt, davon 1.348 Männer und 1.167 Frauen. In der letzten Zeit ist es zu einer leichten Zunahme um 4,3 %, d. s. 103 Arbeitskräfte, gekommen. Das Schwerkgewicht liegt hier bei Büroberufen und entfällt sicher zum Teil auf Vormerkungen von Entlaßschülern der berufsbildenden kaufmännischen Schulen.

Im Jahresvergleich ergab sich eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosenzahl, nämlich um 13,3 %, d. s. 296 Personen. Erfreulich ist aber, daß auch die Zahl der offenen Stellen eine steigende Tendenz aufweist. Zum Berichtstichtag waren 536 Arbeitsplätze frei gemeldet, d. s. um 72 Stellen oder 15,5 % mehr als im Vormonat.

Meine Damen und Herren, im Steyrer Wälzlager gab es eine große Veränderung, weil das Unternehmen zu 75 % an die schwedische SKF-Gruppe abgetreten wurde. Das schwedische Unternehmen hat seinen Hauptsitz in Schweden, Göteborg, und weist einen Gesamtbeschäftigtenstand von 44.000 auf. Zur Wahrung der Kontinuität wird Steyr nach wie vor eine Minderheitsbeteiligung am STEYR Wälzlagergeschäft haben, wobei SKF beabsichtigt, die internationale Marktposition, das STEYR Wälzlager, weiter auszubauen und ihre Fertigungsstätte in Steyr neu zu strukturieren. SKF beabsichtigt, den Absatz von STEYR Wälzlagerprodukten auf weltweiter Basis unter Weiterverwendung des Markennamens "STEYR" innerhalb einer getrennten Vertriebsorganisation auszuweiten. Das internationale Vertriebsnetz von STEYR Wälzlager wird daher ebenfalls von SKF übernommen.

Vor einigen Tagen statteten mir in Gegenwart von Landesrat Ing. Hermann Reichl die maßgebenden Direktoren von SKF einen Informationsbesuch ab. Dabei stellte sich heraus, daß in Zukunft das Schwergewicht der Erzeugung auf Zylinderrollenlagern liegen wird. Leider muß im Zuge der geplanten Umstrukturierung mit einer Verminderung der derzeit im Wälzlager Steyr bestehenden Arbeitsplätzen gerechnet werden. So unerfreulich der letztere Umstand für die Stadt ist, so ist doch zu hoffen, daß durch die getroffenen Maßnahmen der Fortbestand des in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Wälzlagerwerkes gesichert erscheint.

Meine Damen und Herren, berichtenswert erscheint mir auch der Umstand, daß heuer zum zweiten Mal im Museum industrielle Arbeitswelt die von der SPÖ organisierte Zukunftswerkstätte in der Zeit von 31. 8. bis 4. 9. 1988 erfolgreich durchgeführt wurde. Das diesbezügliche Generalthema lautete: "Die nächsten 100 Jahre, oder: Mit wem zieht die neue Zeit?" Die Veranstaltung war durch die teilweise Anwesenheit der Bundesminister Hawlicek und Lacina ausgezeichnet. Die Anwesenheit von Frau Bundesminister Hawlicek wurde auch dazu genutzt, sie um die Sicherstellung der Mittel für den weiteren Ausbau der HTL in Steyr zu ersuchen. Die Frau Bundesminister konnte sich an Ort und Stelle von der dringenden Notwendigkeit dieses Umstandes überzeugen. Bekanntlich ist es ja so, daß diese erste Etappe des Ausbaues der HTL, das betrifft also den Werkstättentrakt, für diese erste Etappe S 120 Mio. vorgesehen sind. Es ist aber für die endgültige Fertigstellung noch ein erheblicher Betrag notwendig und wir haben der Frau Bundesminister diese unsere Wünsche dargelegt und sie gebeten, im Bundesbudget 1989 die entsprechenden Mittel vorzusehen bzw. auch diese Mittel entsprechend zu urgieren.

Meine Damen und Herren, über Einladung von uns haben die Bürgermeister von Teublitz und Maxhütte-Haidhof, das sind Nachbarorte von Wackersdorf, der Stadt Steyr kürzlich einen Besuch abgestattet. Im Verlauf einer längeren Aussprache stellte sich heraus, daß die wirtschaftliche Struktur in den genannten Städten, obwohl sie eine verschiedene Bevölkerungszahl aufweisen, vergleichbar ist und daher auch im wesentlichen dieselben Probleme bestehen. Eine besondere Sorge bildet die rückläufige Zahl an Arbeitsplätzen. Die deutschen Gäste gaben einen ausführlichen Bericht über den Stand des Verfahrens betreffend die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Man kam überein, die Stadt Steyr in diesem Punkt auf dem laufenden zu halten. Aus Solidaritätsgründen und zur effizienten Abwehr von Gefahren

für Leben und Gesundheit der Bürger habe ich die grundsätzliche Bereitschaft der Stadt Steyr bekundet, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und innerhalb der Grenzen der Zumutbarkeit eine Unterstützung in Aussicht zu stellen.

Zu Informationszwecken erfolgte der Austausch von Broschüren und Büchern. Seitens der Stadt wurde auch der Gemeinderatsbeschluß mitgeteilt, mit dem gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf Einwendungen erhoben wurden. Es erscheint zweckmäßig, einen Gegenbesuch bei passender Gelegenheit vorzunehmen. Eine Terminfestlegung ist allerdings noch nicht erfolgt. Es wird sicherlich eine Delegation unsererseits in absehbarer Zeit einen Gegenbesuch abstatten.

Einen kurzen Bericht auch zu unserer Kanalbaustelle.

Obwohl es für jedermann erkennbar ist, erscheint es mir notwendig, auf die gegenwärtig schwierigste Kanalbaustelle, die der RHV Steyr durchführt, hinzuweisen. Es handelt sich um den Sammelkanal zwischen dem sogenannten "Hack-Spitz" und Zwischenbrücken. Um die Rohre unter der Flußsohle verlegen zu können, ist eine sehr aufwendige Dammschüttung, beginnend von Zwischenbrücken über das Spitalmühlwehr bis zum Hack-Spitz, erforderlich. Im Schutze dieses Dammes, der auch für den Baustellenverkehr erforderlich ist, werden die Kanalrohre im Bereich unter der Flußsohle verlegt. Nach Fertigstellung dieser Arbeiten ist der Rückbau des Dammes erforderlich, sodaß das ursprüngliche Erscheinungsbild unversehrt bleibt. Da die Baumaßnahmen unter erheblichem Hochwasserrisiko stehen, ist es notwendig, sie so kurz als möglich zu halten. Es wurde daher der bauausführenden Firma gestattet, den Arbeitseinsatz von Montag bis Freitag von 7.00 - 22.00 Uhr und an Samstagen von 7.00 bis 15.00 Uhr vorzunehmen. Ich habe die betroffenen Anrainer und Bewohner von dieser Notwendigkeit schriftlich in Kenntnis gesetzt und diese um ihr Verständnis gebeten. Dazu möchte ich sagen, daß diese Arbeiten und Schwierigkeiten, die dort auftreten eine Folge ist von unserem Beschluß, daß wir in dieser Form den Kanalbau dort durchführen müssen und es sind natürlich auch nicht unerhebliche Mehrkosten damit verbunden.

Zum Westbahnanschluß von Steyr. Das jüngste bedeutsame Ereignis war ein Besuch von Bundesbahnpräsident Dr. Hammerschmid in Steyr und eine Aussprache bei Landeshauptmann Dr. Ratzenböck über den geforderten Westbahnanschluß von Steyr, welche in Anwesenheit einiger Landes- und Bundespolitiker stattfand.

Bundesbahnpräsident Dr. Hammerschmid hält es durchaus für realistisch, über die bisherigen Anschlußmöglichkeiten hinaus noch einige Verbesserungen im Bahnverkehr in Richtung Wien bzw. Linz und zurück zu erreichen. Es wäre denkbar, mit dem Land Oberösterreich eine Nahverkehrsvereinbarung abzuschließen, wonach eine Streckenbegradigung vorgenommen werden könnte. Die Bundesbahn hat entsprechende Verhandlungen mit dem Land Oberösterreich bereits aufgenommen, wobei auch die Raumordnungsabteilung von Niederösterreich eingeschaltet wurde. Die nächste Verhandlungsrunde soll angeblich im Oktober erfolgen.

Präsident Dr. Hammerschmid berichtete auch über die Absicht der ÖBB, im Rahmen des "park- and ride"-Programmes den Hauptbahnhof in Steyr neu auszugestalten und mit einem Parkdeck für rund 450 PKWs zu versehen. Diese Absicht könnte in der Folge auch die von der Stadt beabsichtigten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung beeinflussen, weil damit zum Teil auch zusätzlich Parkflächen für andere Verkehrsteilnehmer als Benützer der ÖBB zur Verfügung stünden. Vielleicht wäre es in der Folge auch möglich, den Platz direkt vor dem Hauptbahnhof von PKWs frei zu bekommen, sodaß eine Benützung

für Post- und Bahnautobusse möglich wäre. Dadurch könnte auf dem jetzigen Autobusbahnhof für städtische Autobusse mehr Raum zur Verfügung stehen. Bei Realisierung des Vorhabens der ÖBB wäre es denkbar, den gesamten Bereich zu einer sogenannten "Verkehrsdrehscheibe" auszugestalten, d. h., den öffentlichen und den Individualverkehr auf einen Punkt zusammenzuführen und den Interessenten den Wechsel in die anderer Verkehrsgattung zu ermöglichen.

Die Vorsprache bei Landeshauptmann Dr. Ratzenböck hatte in erster Linie den Zweck, das Land Oberösterreich um eine Kostenbeteiligung zur Abfassung eines weiteren Gutachtens zu bitten. Es war dabei davon auszugehen, daß das von den Bundesbahnen erstellte Gutachten, das den Westbahnanschluß von Steyr ablehnt, ausschließlich betriebswirtschaftliche Aspekte berücksichtigt. Es wurde deshalb vor allem von Kaufmann Franz-Josef Hartlauer als Vertreter der Aktion "Westbahn für Steyr" die Anfertigung eines weiteren Gutachtens gefordert, das verkehrstechnische Grundlagen, den volkswirtschaftlichen Aufwand und die Bewertung von Planungsalternativen enthält. Der Anregung von Hartlauer zufolge hat der Magistrat zunächst unverbindlich mit dem Ordinarius für Eisenbahnwesen an der techn. Universität Wien, Prof. Engel, Verbindung aufgenommen, um größenordnungsmäßig die Kosten für ein derartiges Gutachten zu ermitteln. Prof. Engel schlug neben seiner Person die Herren Universitätsprofessoren Dr. Knoflacher und Dr. Kopp vor und stellte einen Kostenaufwand von rund S 1,2 Mio. für das gemeinsame Gutachten in Aussicht.

In der Aussprache bei Landeshauptmann Dr. Ratzenböck kam man zu dem Ergebnis, daß durch ein derartiges Gutachten das schon vorliegende nicht erschüttern würde, weil ihm andere Überlegungen zugrunde liegen. Es ist aber auch ohne Anfertigung eines derartigen Gutachtens evident, daß sich durch einen Westbahnanschluß von Steyr nicht nur für die Stadt selbst, sondern für die gesamte Umlandregion in wirtschaftlicher Hinsicht eine belebende Wirkung ergäbe. Auf der Basis derartiger Überlegungen wurde zumindest vorläufig die Beibringung eines weiteren Gutachtens zurückgestellt und es kamen die Besprechungssteilnehmer überein, die Angelegenheit noch einmal direkt dem Bundeskanzler in einem gemeinsamen Gespräch zur endgültigen Entscheidung vorzutragen. Die an dieser Aussprache teilnehmenden Regionalpolitiker werden die Möglichkeit haben, die sich aus einem Westbahnanschluß von Steyr ergebenden Vorteile bzw. Nachteile im Ablehnungsfall entsprechend darzustellen. Man einigte sich schließlich auf einen Kompromißvorschlag, als bei Ablehnung des ursprünglich geforderten direkten Anschlusses von Steyr an die Westbahn die Trasse zwischen Steyr und St. Valentin als erste Etappe technisch so ausgebaut werden müßte, daß sie dem Befahren für den sogenannten "Interregioverkehr" gerechnet wird. Ergänzend hiezu müßte von St. Valentin aus sowohl in Richtung Linz als Wien eine regelmäßige Anschlußmöglichkeit mit nur kurzen Wartezeiten vorgesehen sein. Dabei bleibe die im Rahmen des Gesamtprojektes vorgesehene Ausgestaltung der Westbahntrasse für den sogenannten "Intercityverkehr" unberührt. Soweit diese Mitteilung über die Besprechung bei Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck.

Meine Damen und Herren, ich habe schon eingangs gesagt, daß es etwas länger dauern wird, aber es gibt wirklich einige aktuelle Probleme, mit denen sich auch der Gemeinderat im heurigen Jahr bereits befaßt hatte bzw. darüber schon diskutiert wurde.

Im Profil vom 14. März 1988 ist ein Artikel erschienen betreffend die Umweltbelastung in Steyr. Hier darf ich eine kurze Stellungnahme dazu meinerseits abgeben:

Im Profil Nr. 11 vom 14. 3. 1988 wurde völlig aus dem Zusammenhang gerissen eine Statistik veröffentlicht, mit der bewiesen werden sollte, daß in Steyr die Gesundheitsgefährdung durch schlechte Luft derart angestiegen ist und dabei der dritte Rang in Österreich eingenommen wird. Diese Statistik lief unter dem reißerischen Titel "Negative Hitliste Österreichischer Bezirke: Gesundheitsgefährdung durch schlechte Luft." Sie wurde aufgestellt nach Tote/100.000 Einwohner, verursacht durch chronische Atemwegserkrankungen wie Bronchitis, Asthma, Emphysem, für den Zeitraum 1978 bis 1984, wobei als Österreich-Durchschnitt 31,7 Tote angegeben waren und Steyr mit 54,7 Toten wie bereits erwähnt an dritter Stelle liegt. Als Bürgermeister der Stadt habe ich diesen Artikel zum Anlaß genommen und dies auch bereits in der Gemeinderatssitzung vom 14. 4. 1988 angekündigt und mit dem Autor, einem gewissen Herrn Weiß, Österreichisches Ökologie-Institut, Kontakt aufgenommen und um nähere Angaben zu dieser Statistik ersucht bzw. auch gebeten, bekanntzugeben, aufgrund welcher wissenschaftlicher Unterlagen bzw. wissenschaftlicher Forschungsergebnisse diese Zahlen genannt wurden. Diese erbetene Auskunft war für mich insofern von besonderer Wichtigkeit, da ja die Gefahr besteht, in der Bevölkerung Besorgnis und Panik hervorzurufen, wenn eine Erklärung über solche Zeitungsartikel nicht erfolgt. Auch waren vereinzelt besorgte Bürger mit entsprechenden Anfragen an die Dienststellen des Magistrates Steyr herangetreten. Die Reaktionen des angeschriebenen Autors war gelinde gesagt eine Frechheit und entsprach meiner Meinung nach nicht den Gepflogenheiten des zwischenmenschlichen Kontaktes; von Höflichkeit oder Fachwissen keine Spur. Sie bestand aus einem zehnzeiligen Schreiben mit dem Inhalt, daß die Daten des Statistischen Zentralamtes in Wien herangezogen wurden, ohne jeder weiteren Erklärungen. Es wurde dabei nur darauf hingewiesen, daß die Aussagen des Amtes der OÖ. Landesregierung, daß in Steyr keine Schadstoffe in der Luft vorhanden sind, entweder nur ein Irrtum sei oder es sich um eine bewußte Irreführung handle. Dies allein war für mich Aussage genug, auf einen weiteren Kontakt mit diesem Herrn zu verzichten und im Rahmen des Magistrates im Wege des Umweltschutzreferates und des statistischen Referates selbst Erhebungen zu pflegen. Dabei wurden vom Österreichischen Statistischen Zentralamt die zitierten Unterlagen angefordert und entsprechend überprüft und durchgerechnet. Die Bediensteten machten sich dabei die Arbeit, auch die Zahlen beginnend von 1969 bis 1973 und im weiteren die dem Artikel zugrundeliegenden zu vergleichen, um auch gleichzeitig eine Trendanalyse erstellen zu können. Dabei ergab sich, daß in den in Österreich vorhandenen 98 politischen Bezirken 51 politische Bezirke vorhanden sind, die eine Abnahme und 46 politische Bezirke, die eine Zunahme ihrer Sterbeziffern bei den chronisch obstruktiven Lungenerkrankungen zu verzeichnen haben. Dabei ergab sich der seltsame Umstand, daß Steyr mit einer Abnahme von 29,5 % von den 98 politischen Bezirken an 81. Stelle österreichweit gesehen liegt, sodaß nur 17 politische Bezirke eine größere Abnahme ihrer Standardsterbeziffer bei den zitierten Lungenerkrankungen nachweisen können. Im Vergleich mit den politischen Bezirken im Bundesland Oberösterreich ergibt sich für die Stadt Steyr die zweitgrößte Abnahme. Von den in Oberösterreich vorhandenen politischen Bezirken war inklusive Steyr in sieben Bezirken eine Abnahme, in den übrigen Bezirken eine zum Teil beträchtliche Erhöhung dieser Sterbeziffern festzustellen. Es kann daher abschließend festgestellt werden, daß die Stadt Steyr österreichweit im Spitzenfeld jener politischen Bezirke liegt, die die größte Abnahme in ihrer Standardsterbeziffer verzeichnen hat können. Man sieht, daß es ohne weiteres möglich ist, gerade im Wege der Statistik Zahlen, wenn sie nicht kommentiert sind, falsch zu interpretieren und daß es erschütternd für mich ist, daß gerade Journalisten, die

einen Weg zur Bevölkerung im Rahmen ihrer Zeitungen benutzen können, nicht bereit sind, den sauberen Journalismus zu unterstützen. Für mich wäre die Angelegenheit nunmehr abgeschlossen gewesen, ich darf aber noch eine Kleinigkeit dazu vermerken:

Im Profil Nr. 32 vom 8. August 1988 erschien wiederum ein Artikel betreffend die in Österreich vorhandenen Krebstoten. Wiederum aufgeteilt nach Bezirken. Und siehe da, es war unwahrscheinlich, daß gerade der Bezirk Steyr einer jeder ist, der die geringste Zahl an Krebssterblichkeit österreichweit aufweist. Ich glaube, dieser Hinweis wird jedem Mitglied des Gemeinderates deutlich machen, daß es notwendig ist, Angaben, die in der Zeitung gemacht werden, zu überprüfen.

Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich Sie darauf hinweisen, daß aufgrund mehrfacher schriftlicher Interventionen unter anderem der Landesgruppe Oberösterreich der Vereinigung Österreichischer Industrieller, sowie mehrfacher unrichtiger Darstellungen in der Presse (zuletzt in der letzten Ausgabe der Steyrer-Zeitung) möchte ich klarstellen, daß es eine Ortschaftsschutzklausel zur Präferenz der heimischen Wirtschaft in der in Kritik gezogenen Form in Steyr seit dem Gemeinderatsbeschuß vom 28. 6. 1984 nicht gibt. Die in der Zwischenzeit schon mehrfach geänderte Vergabeordnung für die Stadt Steyr und die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr gewährt nämlich Anbietern, die ihren Sitz in der Stadt Steyr haben, nur insofern einen Schutz, als ihnen das Eintrittsrecht zum Bestbieterpreis gewährt wird, wenn ihr eigenes Anbot nicht um mehr als 5 % über demjenigen des Bestbieterpreises liegt. Mit dieser Regelung ist also keinerlei Verteuerung für den Auftraggeber verbunden. Verwundert bin ich nicht zuletzt über den Umstand, daß die Angriffe immer wieder aus Kreisen der Wirtschaft kommen und es ja in erster Linie die Vertreter der Wirtschaft selbst waren, die für die in Steyr getroffene Regelung eingetreten sind. Es wäre sinnvoll, wenn sich die Wirtschaftstreibenden hier einigen würden, was wir dann tun sollen.

Soweit meine Mitteilungen, die, wie gesagt, etwas breiter ausgefallen sind. Ich bitte um Kenntnisnahme. Wir kommen somit zu Punkt 5, zu den Kenntnisnahmen von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3. Die entsprechenden Beschlüsse des Stadtsenates sind der Tagesordnung beigelegt und ich bitte um Kenntnisnahme.

Zu Punkt 6, zu den Verhandlungsgegenständen, darf ich jetzt Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Herrn Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag geht es darum, die Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse zu beschließen aufgrund der Veränderung im Gemeinderat. Ich glaube, ich kann mir den Vortrag des Amtsberichtes ersparen und darf den Antrag hier vortragen:

1. Präz - 696/88

Änderung der Zusammensetzung der
gemeinderätlichen Ausschüsse

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. September 1988 wird anstelle des Herrn Gemeinderates Franz Ramoser, der mit Erklärung vom 23. August 1988 mit Wirkung vom 31. August 1988 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtete, mit sofortiger Wirkung Herr Ing. Karl Pragerstorfer, Unterwaldstraße 2, 4400 Steyr, mit Sitz und Stimme in den Prüfungsausschuß und mit beratender Stimme in alle übrigen gemeinderätlichen Ausschüsse entsandt.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es Einwände, was ich mir zwar nicht vorstellen kann.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Ich möchte mich der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wird zur Kenntnis genommen. Ansonsten ist keine Stimmenthaltung oder Gegenstimme zu verzeichnen. Mit einer Enthaltung angenommen.

(1 Stimmenthaltung: GAL)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, dem Abschluß eines Partnerschaftsvertrages zwischen Steyr und Eisenerz die Zustimmung zu geben. Die Städte Steyr und Eisenerz sind seit vielen Jahrhunderten durch eine im Erzabbau, in der Eisenverarbeitung und im Eisenhandel begründete Tradition verbunden. Auf der Basis dieser historischen Verbindung hat sich in den letzten Jahren ein reger und kultureller Austausch ergeben, der überwiegend von der Kulturabteilung, das ist die Magistratsabteilung IX, durchgeführt wurde. Aber auch in anderen Bereichen haben sich Kontakte im Eisenerz in den letzten Jahren verstärkt, was dazu geführt hat, den Abschluß eines Städtepartnerschaftsvertrages in Erwägung zu ziehen. Ich darf darauf hinweisen, daß auch die kulturelle Bedeutung der Eisenstraße hier ein Weg ist, auf dem man sich finden kann und der viele gemeinsame Interessen zu Tage bringt. Es wurden die erforderlichen Vorarbeiten nun abgeschlossen und als Zeitpunkt der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages wurde einvernehmlich mit der Gemeinde Eisenerz der 14. Oktober 1988 festgelegt. Ich bitte Sie, folgenden Antrag zu beschließen:

2. K - 2846/88

Steyr-Eisenerz; Abschluß
eines Partnerschaftsvertrages

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abteilung IX wird dem Abschluß eines Partnerschaftsvertrages mit der Stadt Eisenerz (Vertragstext in der Anlage) zugestimmt.

Beilage A

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wortmeldung von Kollegen Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Zusätzlich zu diesem Antrag, dem ich als Grüner sehr positiv gegenüberstehe,

möchte ich Ihnen folgenden Zusatzantrag vorschlagen:

Der Bürgermeister soll ersucht werden, binnen eines Jahres eine Liste von Städten aus Entwicklungsländern zusammenzustellen, die Interesse haben, mit der Stadt Steyr einen Partnerschaftsvertrag mit einer ähnlichen Zielsetzung wie mit dem der Stadt Eisenerz abzuschließen ist, abschließen wollen, daß diese Liste dem Gemeinderat zur Auswahl einer Stadt vorgelegt wird und daß ein konkreter Partnerschaftsvertrag abgeschlossen wird mit einer dieser Städte.

Ich möchte das begründen. Und zwar ist es doch so, wenn Sie diesen Vertrag mit der Stadt Eisenerz ansehen, daß wir hier eine sehr aus der Geschichte her eine Verbindung haben, die heute wieder relativ aktuell geworden ist zu unserer Verbindung zur Dritten Welt. Es war doch immer so, daß die Leute, die das Erz aus dem Gebirge herausgeholt haben, meist unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens relativ wenig davon gehabt haben. Sie können sich das auch anschauen bei der Stadt Eisenerz im Verhältnis zur Stadt Steyr, wenn es um die Baudenkmäler geht. Die Leute aber, die dieses Eisen aufgrund eines Monopols gestapelt und in die ganze Welt vertrieben haben, haben den Großteil dieses ganzen Geschäftes geschlossen und den Großteil des Geldes einbehalten. Sie brauchen sich nur da umschaun. Das alles, die Stadt Steyr hier, verdankt ihren Reichtum aus der Geschichte zum größten Teil aus diesem Eisenhandelsmonopol. Wenn wir heute mit Eisenerz die Hand halten und sagen, Eisenerz, wir haben mit Euch aufgrund unserer Geschichte eine Zusammenarbeit, so finde ich das sehr positiv. Ich möchte aber bei der Gelegenheit die Chance ergreifen und sagen, ähnliche Verhältnisse haben wir heute mit der Dritten Welt. Auch wenn es dem einzelnen vielleicht nicht so direkt aufsteht. Es ist auch so, daß die Dritte Welt heute in der weltwirtschaftlichen Ordnung ebenfalls wieder ein Anbieter von Rohstoffen bzw. von Futter- und Lebensmitteln ist und wie es heute ist in der Weltwirtschaftsordnung, die großen Industrieländer haben die internationalen Weltmärkte in Beschlag, bestimmen die Preise. Die Entwicklungsländer müssen da mitspielen, ob sie wollen oder nicht. Aufgrund der Dollarkurswechselparitäten wird außerdem noch zusätzlich Verschärfung dieser ganzen Welthandelsordnung eingebracht. Daher das große Problem, das wir wieder haben. Von Europa her, von dem Verteiler, von den Leuten, die das Geld in der Hand haben, die Geldpreise bestimmen und die Lebensmittelpreise bestimmen, sind die Entwicklungsländer abhängig. Ich ersuche Sie daher, daß man zumindest als kleine Geste und die sehr wenig kostet, wenigstens einen guten Willen zeigt, einer Stadt in einem Entwicklungsland eine Städtepartnerschaft anbieten und so auf diese Art und Weise von den reichen Industrieländern zu den armen Entwicklungsländern als Steyrer hier einen kleinen Beitrag liefert. Es kostet uns nicht viel, es ehrt uns. Es gibt bei den Sozialisten so etwas, was es auch bei den Grünen gibt, den Begriff der Solidarität, und daher appelliere ich einmal an die ganzen Sozialisten unter Ihnen, denken Sie doch einmal nach. Aufgrund der Werthaltung müßten wir doch eigentlich, wie viele andere sozial-demokratisch regierte Städte in Mitteleuropa, im deutschen Sprachraum, mitmachen. Wir sind schon hinten. Wir sind schon wieder Nachzügler. Auch an die Katholiken, denen es immer wieder um die Dritte Welt gegangen ist, wäre eine Möglichkeit, mit wenig Aufwand, etwas freundliches zu erreichen. Daher meine Damen und Herren, Ich bitte Sie, nehmen Sie diesen Zusatzantrag an. Der Herr Bürgermeister hat Zeit, tätig zu werden, uns etwas vorzuschlagen. Vielleicht können wir da mit wenig Aufwand etwas erreichen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Kollege Pragerstorfer, dieser Antrag, den Sie da stellen, müßte gemäß unserer Geschäftsordnung schriftlich eingebracht werden. Gibt es etwas Schriftliches?

Gemeinderat Pragerstorfer übergibt Vizebürgermeister den schriftlichen Zusatzantrag.

Wünscht zu den Ausführungen bzw. dem Zusatzantrag des Herrn Kollegen Pragerstorfer jemand zu sprechen? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Pragerstorfer, es ist Ihnen sicherlich ein ganz ein guter Gag gelungen. Sie beginnen Ihre Periode mit einem sehr spektakulären Auftritt. Ein Kompliment zum taktischen Verhalten. Aber die Thematik scheint mir doch ein wenig ernster zu sein als nur für das taktische Verhalten. Ich würde vorschlagen, daß wir das aufgezeigte Thema zwischen den Fraktionen ins Gespräch nehmen, aber ich weiß nicht, ob man solche Gespräche mit dieser Zusatzantragabänderung tatsächlich erreicht oder erleichtert. Ich halte sehr viel von einer Zusammenarbeit mit der Dritten Welt und ich weiß, daß Unterstützungshilfe der Dritten Welt wesentlich weitergehen müßte als den Transport von Überschußgütern aus der Ersten Welt in die Dritte Welt, die womöglich dann gar nicht weiß, was sie damit machen soll und von Überschußnahrungsmittel, die gar nicht geeignet sind, die Ernährungssituation der Bevölkerung in der Dritten Welt zu verbessern. Ich weiß, daß vieles, was versucht wird, Alibihandlungen sind. Ich glaube aber auch, daß eine Partnerschaft zwischen der Stadt Steyr und einer Stadt in einem Entwicklungsgebiet der Dritten Welt so lange wir nicht wissen, was wir tatsächlich wollen, auch nur eine Alibi-handlung sein kann. Dafür ist es eigentlich schade. Ich würde vorschlagen, wir setzen uns wirklich zusammen und überlegen uns, was wir mit dieser Partnerschaft erreichen können. Das Wort Solidarität wird so oft mißbraucht. Es wird auch so oft gebraucht. Jeder Mensch spricht von Solidarität bis zu dem Moment, wo man in die peinliche Verlegenheit kommt, sich selbst solidarisch zu halten. Ich würde wirklich die Anregung bringen, daß Sie Herr Kollege Pragerstorfer mit Ihren Freunden, die diesen Antrag formuliert haben, Verständnis dafür aufbringen, wenn wir jetzt von der ÖVP zu diesem Abänderungsantrag uns ganz bewußt der Stimme enthalten, weil wir meinen, daß man nicht dafür sein kann und nicht dagegen sein kann, solange man nicht weiß, was man tatsächlich damit erreichen will und weil wir meinen, daß Lippenbekenntnisse alleine zur Problembewältigung nicht ausreichen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Kollegen Holub für seinen Beitrag. Gibt es noch weitere Beiträge. Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Herren Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Partnerschaften oder der Abschluß von Schwesternstadtverträgen ist Angelegenheit des Gemeinderates und wir haben längere Zeit diskutiert und wir haben sehr bewußt den Kreis unserer Partnerstädte - es gibt ja Städte, die haben sehr viele solcher Partnerschaften - klein gehalten. Die Sinnhaftigkeit solcher Dinge scheint mir eher problematisch. Wir haben die Partnerschaft mit Ketting und mit Plauen. Beide Partnerschaften funktionieren sehr gut und nunmehr auch eine innerhalb von Österreich mit Eisenerz. Ich glaube, daß es richtig

ist, daß man sich solche Dinge sehr gut überlegt. Ich glaube aber nicht, daß es sinnvoll ist, dies sofort durch einen Beschluß zu dokumentieren. Ich werde in der nächsten Fraktionsobmännerbesprechung dieses Thema zur Sprache bringen. Wir werden diese Möglichkeiten prüfen. Ich glaube aber nicht, daß man eine Beschlußfassung über diesen Zusatzantrag, der hier gebracht wurde, jetzt fassen sollte. Dazu sind Überlegungen, Vorbereitungen, Besprechungen noch notwendig. Ich sage nicht, daß das abgelehnt werden soll. Ich würde mir aber auch vorstellen, daß der Gemeinderat hier zum Ausdruck bringt, daß diese Vorgangsweise berücksichtigt wird und zum Zusatzantrag sich der Stimme enthält. Das wäre mein Vorschlag. Ich darf aber versichern, wir werden in der nächsten Fraktionsobmännerbesprechung diesen Tagesordnungspunkt behandeln Herr Gemeinderat Pragerstorfer. Soweit meine Stellungnahme dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen nun zur Abstimmung über den von Bürgermeister Schwarz vorgetragenen Antrag. Ich bitte Sie um ein Handzeichen, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag oder wer enthält sich der Stimme. Das ist nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung zu dem von Kollegen Pragerstorfer gestellten Zusatzantrag. Wer tritt diesem Zusatzantrag bei? Niemand. Damit ist dieser Zusatzantrag abgelehnt und wir werden uns, wie schon Bürgermeister Schwarz angedeutet hat, in der nächsten Fraktionsobmännerbesprechung mit dieser Thematik beschäftigen. Danke. Nun zum nächsten Antrag.

Zusatzantrag: Enthaltung von SPÖ und ÖVP.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Vor dem nächsten Antrag darf ich darauf hinweisen, daß der Sportclub Vorwärts an die Stadt mit dem Ersuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention herangetreten ist. Es ist dem Verein nach 38 Jahren gelungen, in die 1. Fußballdivision aufzusteigen und bei einer Kommissionierung der Anlage durch Vertreter des Fußballverbandes sind verschiedene Auflagen erteilt worden,

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER WIPPERSBERGER:

Entschuldigung, aber Du hast einen Punkt ausgelassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um Entschuldigung. Die Abwicklung der Gastspielsaison 1988/89 des Landestheaters Linz erfordert wiederum den Abschluß eines Werkvertrages. Hier darf ich den Antrag des Stadtsenates vortragen:

3. K - 7000/87

Abwicklung der Gastspielsaison
1988/89 des Landestheaters Linz im
Stadttheater Steyr, Volksstraße 5;
Abschluß eines Werkvertrages

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abgeltung von 18 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1988/89 nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. IX vom 6. 6. 1988 zu den in diesem Amtsbericht angeführten erhöhten Pauschalabgeltungen wird genehmigt.

Der Magistrat der Stadt Steyr wird ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen.

Die mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 26. 6. 1986, K - 2900/86, festgelegten Eintrittspreise werden linear um 5 % für die Gastspielsaison 1988/89 erhöht, wobei auf volle Schillingbeträge auf- bzw. abgerundet wird.

Die Regelung für die Dienstsitze und dgl. nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16. 9. 1980, K - 1800/80, wird beibehalten. (Beilage B)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es Wortmeldungen dazu. Bitte Kollege.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werte Herren Bürgermeister, wert Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Bei Behandlung der jährlich wiederkehrenden Erhöhungsanträge der Eintrittspreise im Stadttheater habe ich bzw. hat Kollege Wieser in den letzten zwei Jahren im Wege eines Abänderungsantrages gemäß § 11 des Stadtstatutes versucht, einen Nachlaß von 50 % für Kinder, Lehrlinge, Schüler, Studenten, Präsenzdienner in Uniformen sowie Arbeitslose zu bekommen. Leider wurden diese Abänderungsanträge von der Mehrheitsfraktion mit dem Hinweis auf Ermäßigungen in Einzelfällen abgelehnt. Daher möchte ich heute keinen neuerlichen Abänderungsantrag einbringen, sondern nur die Bitte, daß Ersuchen an den Kulturreferenten stellen, vielleicht doch bei dem nächsten sicherlich wieder kommenden Erhöhungsantrag diesen Passus mit Ermäßigung von 50 % für Kinder, Lehrlinge, Schüler, Studenten, Präsenzdienner in Uniform sowie Arbeitslose auf alle Kategorien einzubauen. Denn Jugendförderung sollte uns allen ein wichtiges Anliegen sein und man muß der Jugend natürlich den Anreiz bieten, daß sie mehr die hochwertigen kulturellen Veranstaltungen besuchen können.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht noch jemand das Wort. Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister bitte das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu darf ich sagen, daß wir im Zusammenhang mit der Jugendförderung sich diese Leistungen sehen lassen können. Wir haben ausführlich über den seinerzeitigen Abänderungsantrag diskutiert. Ich möchte das nicht jetzt wiederholen. Ich bin aber bereit, diese Problematik erneut in Beratungen miteinzubringen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für das Schlußwort. Gibt es eine gegenteilige Auffassung oder eine Enthaltung. Somit mit 1 Stimmenthaltung angenommen.

1 Stimmenthaltung: GAL

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHARZ:

Den nächsten Antrag habe ich ja schon eingeleitet, daß der Sportclub Vorwärts an die Stadt um eine außerordentliche Subvention herangetreten ist und die Mitwirkung an der Meisterschaft in der ersten Fußballdivision bringt natürlich verschiedene Auflagen mit sich, die zu erfüllen sind und die entsprechenden Sanierungsarbeiten kosten insgesamt S 2,672.447,--. Es ist ein Finanzierungsplan seitens des Sportclubs Vorwärts vorgebracht worden und ich kann mir ersparen, die einzelnen Positionen hier vorzubringen. Es wird vorgeschlagen, daß sich die Stadt Steyr

an diesen Kosten mit S 600.000,-- beteiligt. Der entsprechende Antrag lautet:

4. Ha - 3919/88

SK Vorwärts Steyr, Gewährung
einer außerordentlichen Subvention

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 26. 7. 1988 wird dem SK Vorwärts Steyr zur Erfüllung der im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Meisterschaft der 1. Fußball-Division vorgeschriebenen Verbandsauflagen sowie zur Generalsanierung des Spielfeldes eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 600.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 600.000,-- (sechshunderttausend)

bei VSt 5/2624/777000.5 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf darauf hinweisen, daß die gesamten Auflagen, die der Sportclub Vorwärts zu erwarten hat, damit noch nicht erfüllt sind, sondern unter Umständen im nächsten Jahr, neuerliche Ausgaben durch die Errichtung einer Flutlichtanlage auftreten können. Das wollte ich zur Ergänzung dieses Antrages sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag des Bürgermeisters vernommen. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Ich bitte den Herrn Bürgermeister um seinen letzten Bericht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es darum, einen Antrag des Prüfungsausschusses dem Gemeinderat vorzutragen. Der Antrag lautet:

5. Rp - 800/87

Kontrollamt der Stadt Steyr;

Jahresbericht 1987 gemäß § 35 Abs. 3 StS

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vom Kontrollamt der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1987 wird gemäß § 35 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage C)

Ich darf darauf hinweisen, daß dieser Bericht ausführlich im Prüfungsausschuß diskutiert wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Spöck meldet sich zu Wort.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werte Herren Bürgermeister, wert Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Als Obmann des Prüfungsausschusses möchte ich auch hier die Gelegenheit wahrnehmen. Ich habe es bereits in der letzten Sitzung des Prüfungsausschusses getan und der Beamtenschaft des Kontrollamtes unter der Leitung von Herrn Senatsrat Dr. Gottlieb sehr herzlich zu danken. Gemäß § 35 des Stadtstatutes hat ja das Kontrollamt den Auftrag, die Gebarung des Magistrates in bezug auf die rechnerische Richtigkeit sowie auf die Zweck-

mäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Dank der ausgezeichneten Vorbereitungsarbeiten der Beamtenschaft des Kontrollamtes konnten bei 4 Sitzungen des Prüfungsausschusses 1987 wiederum tausende Seiten von Verhandlungsgegenständen bearbeitet bzw. behandelt werden. Dem Dank abschließend möchte ich nur eine Bitte anschließen, eine Bitte an den Kollegen - ich hätte jetzt gesagt an den Kollegen Ramoser, der aber gehört nicht mehr dem Gemeinderat an -, die Sitzungstermine wahrzunehmen, damit es nicht mehr vorkommt, daß wir zittern müssen, daß wir die Beschlußfähigkeit erreichen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Kollegen Spöck. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich frage wieder, gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen zu diesem Antrag. 1 Enthaltung. Somit ist dieser Antrag beschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt als erledigt zu betrachten. Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Berichte und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

1 Enthaltung: GAL

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, wertere Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Den Antrag den Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Jahr 1987 betreffend, ist zweifellos der bedeutungsvollste und wichtigste Antrag, den ich Ihnen heute zu unterbreiten habe.

Dieses umfassende Rechnungswerk mit seinen 328 Seiten, ich darf in diesem Zusammenhang der MA. II unter Leitung unseres Herrn Dr. Schmidl, für diese umfangreiche und mit großer Umsicht geführte Tätigkeit danken, wurde Ihnen im Buchform übermittelt und ist wie jeder Rechnungsabschluß in unserem Stadthaushalt die Zusammenfassung all unserer Einnahmen und Ausgaben im Berichtsjahr, eine Zusammenfassung über alle von Ihnen gefaßten Beschlüsse im gegenständlichen Rechnungsjahr.

Gleichzeitig gibt dieser Rechnungsabschluß, und das bitte ich dabei besonders zu beachten, aber auch sehr deutlich Aufschluß über unsere Finanz- und Wirtschaftslage im abgelaufenen Jahr, die, wie Sie aus diesen Zahlen entnehmen können, alles nur nicht erfreulich ist und Anlaß zu ernster Besorgnis gibt, gleichzeitig aber auch den Anstoß sein muß, bei künftigen Budgeterstellung noch mehr als bisher diese Tatsache zu berücksichtigen und mit Ihren Wünschen und Forderungen größtmögliche Zurückhaltung zu üben.

Erschreckend und alarmierend aber insbesondere bezeichnend für die Einnahmenentwicklung im letzten Jahr ist vor allem die Tatsache, daß es uns 1987 in einem noch stärkeren Ausmaß als 1986 nicht möglich war, den o.H. durch laufende Einnahmen abzudecken.

Betrug das Defizit beim o.H. 1986 S 13,2 Mio, so liegt diese Summe 1987 bereits bei mehr als S 18 Mio. Unsere wiederholten Bemühungen seitens des Landes oder des Bundes durch höhere Bedarfszuweisungen dafür wenigstens einen teilweisen Ausgleich zu bekommen, sind bisher gescheitert. Das einzige bisher konkrete Ergebnis unserer diesbezüglichen Bemühungen war, daß uns Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner aus den Mitteln seines Referates für das heurige Jahr eine um S 2 Mio. höhere Bedarfszuweisung zugesagt hat.

Wie sieht nun das Ziffernwerk in seiner Gesamtheit aus. Das Budgetvolumen, ordentlicher Haushalt und außerordentlicher Haushalt zusammengefaßt,

wurde 1987 im Vergleich zum Budget einschließlich Nachtragsvoranschlag um rund S 19 Mio. auf S 730,3 Mio. reduziert. Diese Reduzierung schien uns im Hinblick auf die sich zusehends verschlechternde Einnahmenentwicklung insbesondere bei der Gewerbesteuer als dringend notwendig und sie wurde im wesentlichen dadurch ermöglicht, daß wir verschiedene im Budget vorgesehene Maßnahmen nicht oder nur teilweise in Angriff genommen haben. Eine Alternative dazu wäre lediglich die Aufnahme noch weiterer Kredite, also eine zusätzliche Verschuldung gewesen.

Auch zu unserer Verschuldung ein paar Zeilen. Ursprünglich war im Haushaltsplan 1987 eine Kreditaufnahme von S 30 Mio. vorgesehen. Diese Summe wurde dann im Nachtragsvoranschlag auf insgesamt mehr als S 50 Mio. erhöht. In Anbetracht der alarmierenden negativen Entwicklung auf der Einnahmenseite haben wir diesen Kreditrahmen aber nicht ausgenützt und tatsächlich nur S 36,8 Mio. einschließlich S 8,4 Mio. aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds aufgenommen. Der Schuldenstand, der mit Jahresbeginn 1987 S 487,9 Mio. betrug, ist aufgrund der neuerlichen Kreditaufnahme und nach Abzug der geleisteten Tilgung im Ausmaß von S 19,5 Mio. mit Jahresende 1987 auf S 505,270.000,-- angestiegen. Der zu leistende Schuldendienst betrug im abgelaufenen Jahr immerhin die beträchtliche Summe von mehr als S 56 Mio. Dieser von uns zu leistende in den letzten Jahren nicht unbeträchtlich angestiegene Schuldendienst schlägt sich natürlich in zunehmendem Ausmaß sehr negativ in unseren Budgets nieder, weil ein immer größerer Teil unserer Einnahmen dafür verwendet werden muß. Sicherlich gibt es in Österreich eine ganze Reihe von Städten, die eine wesentlich höhere Verschuldung aufweisen, aber man muß bei dieser Betrachtung immer auch die tatsächliche Finanzkraft dieser Städte mit unserer Stadt vergleichen, insbesondere aber die Gemeindeeinnahmen. Alarmierend ist auch die Tatsache, daß der Bestand an Rücklagen, der vor allem in den letzten Jahren durch die Verselbständigung des Reinhaltungsverbandes entstanden ist und noch zu Beginn des Jahres 1987 S 45,7 Mio. betragen hat, im abgelaufenen Jahr zur Abdeckung des o. H. und zur teilweisen Abdeckung des a. o. H. auf S 20,7 Mio., also um rund S 25 Mio. abgesunken ist. Würde daher die Einnahmenentwicklung in diesem Jahr ähnlich dramatisch verlaufen wie im abgelaufenen Jahr, müßten wir damit rechnen, daß unsere gesamten Rücklagen im heurigen Jahr aufgebraucht werden, und wir wären damit nicht in der Lage, im kommenden Jahr sowie in den letzten Jahren zumindest den o. H. durch die Entnahmen von Rücklagen abdecken zu können. Unvorstellbar die Folgen, da eine Darlehensaufnahme zur Abdeckung des o. H. nicht statthaft ist, nicht durchgeführt werden darf.

Und nun in aller Kürze zu den wichtigsten Einnahmen und Ausgaben im letzten Jahr:

Der o. H. mit seinen Pflichtausgaben mit rund S 605,2 Mio., um bereits S 5,7 Mio. gegenüber dem Nachtragsvoranschlag reduziert, konnte, wie schon von mir eingangs erwähnt, nicht durch laufende Einnahmen ausgeglichen werden. Die größten Einnahmen beim o. H. waren wie immer die eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteile und sie betrugen 1987 S 404,7 Mio. - um S 1 Mio. weniger als ein Jahr zuvor. Die größte Einnahmenposition waren wie schon seit vielen Jahren die Bundesertragsanteile mit rund S 197,7 Mio. Die zweitgrößte Einnahmequelle ist die Lohnsummensteuer mit S 77,9 Mio. gegenüber 1986 um rund S 800.000,-- weniger; hier spiegelt sich vor allem die schlechtere Beschäftigungslage in unserer Stadt nieder.

Die Gewerbesteuer, die 1985 noch mehr als 55 Mio. einbrachte, ist 1986 auf S 37,1 Mio. und im letzten Jahr auf das erschreckende Ausmaß von S 23,4 Mio. zurückgegangen. Sie liegt damit bereits niedriger als die

Kanalbenutzungsgebühr, die 1987 rund S 31,1 Mio. einbrachte und beträgt nur geringfügig mehr als die Getränkesteuer, die 1987 S 22,6 Mio. erbrachte.

Die Grundsteuer B erbrachte knapp S 20,2 Mio. und die Müllabfuhrgebühr S 10,4 Mio.

Um nur die wichtigsten Einnahmen aus eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen zu erwähnen. Zu diesen Einnahmen aus eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen kommen noch die Einnahmen aus Leistungen mit S 124 Mio. Sie betreffen im wesentlichen Leistungserlöse für Veranstaltungen, Bücherei, Kindergarten und Horte, Fürsorgeersätze, Verpflegung und sonstige Verwaltungskostenersätze.

Weitere Einnahmen von S 34 Mio. beziehen sich auf Veräußerungen, Zinsen und Dividenden und Wertpapieren sowie Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung.

Die Transfereinnahmen von S 19,4 Mio. betreffen Beiträge zum laufenden Aufwand verschiedener Gemeindeeinrichtungen von Bund, Land und anderen Gemeinden, sonstigen Trägern des öffentlichen Rechtes, Institutionen und sonstige Einrichtungen sowie Geldstrafen.

Soviel hinsichtlich der Einnahmen beim o. H. Und nun zu unseren Ausgaben beim o. H.:

Die Ausgaben beim ordentlichen Haushalt mit seinen insgesamt S 605,2 Mio. bestehen nahezu ausschließlich aus Pflichtausgaben, die von uns naturgemäß nur in einem sehr geringen Teil überhaupt beeinflussbar sind. Umso bemerkenswerter die Tatsache, daß es uns doch gelungen ist, gegenüber dem Nachtragsvoranschlag Einsparungen im Ausmaße von S 5,7 Mio. zu erzielen. In der laufenden Gebarung mit knapp S 549 Mio. scheinen dabei wie immer als größte Post- und Personalkosten auf. Sie betrugen im abgelauteten Jahr rund S 220,3 Mio., das sind 36,4 % der gesamten Ausgaben. Zu diesen S 220,3 Mio. für die Bezahlung unserer im aktiven Dienst stehenden Bediensteten kommt noch eine Summe von rund S 32,7 Mio. für Pensionisten.

Nach den Personalkosten scheint als nächstgrößere Ausgabenposition eine Summe von S 171,9 Mio. für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand auf. Er beinhaltet unter anderem Instandhaltungskosten für Gebäude und Anlagen, unsere Ausgaben am Energiesektor wie Strom und Gas, Porto, Telefon, Versicherungen, Miet- und Pachtzinse, Transporte, alle Rechts- und Betreuungskosten, aber auch die von uns zu bezahlenden Kreditzinsen aus dem Schuldendienst.

S 28,5 Mio. - etwas weniger als im vergangenen Jahr - wurden weiters für Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs gebraucht und eine Summe von S 80,4 Mio. war für Transferzahlungen notwendig, um nahezu S 2 Mio. mehr als im Jahr 1986.

In den Transferzahlungen - auf die wir überhaupt keinen Einfluß haben - sind auch jene größeren Summen beinhaltet, die wir ans Land entrichten mußten, so z. B. die Landesumlage, welche erfreulicherweise im Vergleich zum Jahr 1986 von S 22,9 Mio. auf S 18,6 Mio. - demnach um S 4,3 Mio. - geringer ausfiel, sicherlich im Hinblick auf die sinkende Finanzkraft der Stadt.

Der Krankenanstaltenbeitrag mit S 23,1 Mio. ist hingegen gegenüber 1986 - damals betrug er S 19,7 Mio. - um S 3,4 Mio. angestiegen, demnach also beträchtlich höher ausgefallen, und angestiegen von S 8,9 auf S 10,1 Mio. ist auch der Behindertenbeitrag, den wir an das Land abführen mußten. Miteingeschlossen bei den Ausgaben in der laufenden Gebarung ist im gleichen Ausmaß wie im Jahr zuvor eine Summe von S 7,1 Mio., die wir als Verlustersatz an die Stadtwerke für den Betrieb des Stadtbades und der Kunsteisbahn geleistet haben.

In der Vermögensgebarung scheint auf der Ausgabenseite des ordentlichen Haushaltes als größte Post die schon eingangs von mir kurz erwähnte Darlehensrückzahlung im Ausmaß von S 19,5 Mio. auf.

Interessant in diesem Zusammenhang ist sicherlich auch der Zuschußbedarf zu den einzelnen Verwaltungszweigen; er ist gegenüber 1986 von S 131,9 auf S 125,3 Mio. abgesunken und liegt nur geringfügig höher als 1985.

Auch hier ein paar Zahlen:

Den höchsten Zuschußbedarf benötigt - wie immer - das Zentralaltersheim mit S 20,7 Mio. In dieser Ziffer nicht inbegriffen ist jene Summe, die wir als Sozialhilfeverband für Fürsorgeempfänger und Teilzahler als Kostenersatz an das Zentralaltersheim zu leisten haben; das sind weitere rund S 4,9 Mio.

Der Zuschuß für die Kindergärten, Horte und Tagesheimstätten betrug 1987 rund S 19 Mio., für die Straßenreinigung S 12,5 Mio. und für Park- und Gartenanlagen und Kinderspielplätze war ein Betrag von S 9,6 Mio. erforderlich.

Die öffentliche Beleuchtung kostete uns im vergangenen Jahr rund S 8,8 Mio., um nur die größten Summen herauszugreifen.

Soviel zu den wichtigsten Einnahmen und Ausgaben, den ordentlichen Haushalt betreffend, und nun zum außerordentlichen Haushalt, mit dem ich mich auch noch kurz beschäftigen werde.

Die Summe des a.o.H. betrug insgesamt S 125,1 Mio., sie liegt damit sehr deutlich, nämlich um S 13,3 Mio. unter der im Nachtragsvoranschlag 1987 genehmigten Summe von S 138,4 Mio. Man sieht daraus, daß natürlich besonders beim außerordentlichen Haushalt in Anbetracht der negativen finanziellen Entwicklung auf der Einnahmenseite hier der Rotstift ange-setzt wurde und - wie schon von mir eingangs ausgeführt - verschiedene Vorhaben nicht oder nur teilweise zur Durchführung kamen.

Auf der Einnahmenseite des a.o.H. mit S 125,1 Mio. steht eine Rücklagen entnahme von S 38,1 Mio. und die schon von mir angeführte Darlehensauf-nahme von S 36,7 zu Buche.

Weiters wurden S 27,2 Mio. aus dem Verkauf von Liegenschaften erzielt, und die Bedarfszuweisungen des Bundes, vor allem aber des Landes, er-brachten insgesamt S 22,9 Mio. Eine ganz ähnliche Summe wie ein Jahr zuvor.

Aber nun im Telegrammstil noch kurz zu den wichtigsten Ausgaben. Es würde zu weit führen, dabei ins Detail zu gehen.

Wie schon in den letzten Jahren stand auch 1987 die Abwasserbeseiti-gung, der Kanalbau im Vordergrund und bildete den Schwerpunkt bei un-seren Ausgaben. Insgesamt wurden dafür im außerordentlichen Haushalt ein-schließlich unseres Beitrages für die umfangreiche Tätigkeit des Rein-haltungsverbandes S 32,7 Mio. verwendet, mehr als ein Viertel der ge-samten Ausgaben beim a.o.H.

Für den Straßen- und Brückenbau S 22 Mio., ich erinnere in diesem Zusam-menhang an den Brückenneubau im Wehrgraben, an den weiteren Ausbau der Steiner Straße und einige größere Straßenbauten in Münchenholz, auf der Ennsleite und die Aufschließung der Mühlbauergründe.

S 15,4 Mio. wurden für die Gruppe Unterricht, Erziehung, Sport und Wis-senschaft ausgegeben, darunter S 6,9 Mio. für den Ausbau der Leichtathle-tikanlage auf der Rennbahn und S 3,9 Mio. für Erweiterungsbauten für den Kindergarten und Hort im Resthof., für die Altstadtterhaltung und Orts-bildpflege eine Summe von S 4,7 Mio. S 4 Mio. für die Wohnbauförderung, S 3,5 Mio. für Baumaßnahmen in unserem Zentralaltersheim, insbesondere für den Ausbau der Krankenstation, S 4,2 Mio. für die Wirtschaftsförde-rung, S 3,2 Mio. für Erweiterungen im Amtsgebäude, S 2,4 Mio. für die Stadtwerke und S 2,2 Mio. für die Freiwillige Feuerwehr, um nur stich-

wortartig die Ausgaben, die im größeren Umfang im außerordentlichen Haushalt getätigt wurden, in Erinnerung zu rufen.

Im Rechnungsabschluß finden Sie im Anhang - so wie schon in den letzten Jahren - auch wieder alle Sammelnachweise, die Jahresbilanz der Stadtwerke und die Betriebsabrechnung des städt. Wirtschaftshofes und die Vermögensrechnung.

Die Stadtwerke weisen in ihrer Bilanz mit Ende 1987 Aktiva und Passiva in der Höhe von rund S 292,4 Mio. aus und unter Berücksichtigung des von ihnen ausgewiesenen Verlustes von rund S 13,7 Mio. ein Reinvermögen im Ausmaß von rund S 87,7 Mio.

Der Verlust von S 13,7 Mio. bei den Stadtwerken rekrutiert sich aus rund S 6,7 Mio. Verlust beim Verkehrsbetrieb, S 5,2 Mio. beim Stadtbad und knapp S 1,4 Mio. bei der Kunsteisbahn.

Die Bestattung, das Krematorium und die Leichenhalle weisen insgesamt einen Verlust von rund S 600.000,-- auf. Die Stadt hat - wie schon bereits von mir erwähnt - zur teilweisen Abdeckung dieser Verluste auch im letzten Jahr wieder eine Summe von S 7,1 Mio. ausbezahlt.

Der städt. Wirtschaftshof konnte erfreulicherweise 1987 den Abgang in der Betriebsabrechnung im Vergleich zum Jahr 1986 von S 2,1 Mio. auf knapp S 1,2 Mio. nahezu halbieren.

Und auch noch ganz kurz ein paar Worte zu unserer Vermögensrechnung, die einen ähnlichen ungünstigen Verlauf wie bereits im Vorjahr genommen hat.

Die Aktiva der Vermögensrechnung betrug rund S 823,202.000,--, denen Passiva in der Höhe von S 590,846.000,-- gegenüberstehen. Das Reinvermögen, welches mit 1. 1. 1987 noch S 276.455.000,-- betrug, ist mit Jahresende 1987 auf S 232,355.000,--, also um S 44,100.000,-- abgesunken.

Im Berichtsjahr sind die Aktiva um S 9,8 Mio. gesunken und die Passiva um S 34,3 Mio. gestiegen, das ergibt demnach die Summe bei der Vermögensverringerung von S 44,100.000,--.

Meine Damen und Herren, wer te Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich habe auch diesmal versucht, mich mit meinen Ausführungen kurz zu fassen und mich auf mir besonders wichtig scheinende Auslagen beschränkt. Viele Bereiche habe ich nur skizzenhaft angedeutet, dies auch insbesondere, da doch der Rechnungsabschluß als Gesamtwerk Ihnen allen übermittelt wurde und ich darf nunmehr den diesbezüglichen Antrag an den Gemeinderat zur Verlesung bringen:

6. Buch - 7100/87

Rechnungsabschluß 1987

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1987 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von S 605,185.869,42

(Kassenfehlbestand S 4,203.640,71)

im außerordentlichen Haushalt von S 125,121.852,65

somit insgesamt von S 730,307.722,07

=====

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke für das Finanzjahr 1987 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 292,360.287,09 genehmigt.

Beilage D

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Rechnungsabschluß 1987.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Möchte dazu jemand sprechen? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Liebe Kolleginnen und Kollgen!

Der Kollege Wippersberger hat seine Berichterstattung über den Rechnungsabschluß 1987 mit der erklärenden Bemerkung eingeleitet, daß der Rechnungsabschluß in Buchform erstellt wurde und wer sich die Mühe gemacht hat, diesen Rechnungsabschluß auch zu lesen, der muß erkennen, daß dieses Buch keines der unspannendsten ist. Wenn man noch dazu den seltenen Brauch ausübt, dasselbe Buch mit den verschiedenen Auflagen jährlich miteinander zu vergleichen, so entdeckt man darin nicht nur verschiedene Zahlen sondern auch ganz typische Entwicklungen und die wurden zum größten Teil von Kollegen Wippersberger so ausführlich geschildert, daß ich uns allen ersparen kann, dasselbe nochmals zu wiederholen. Jetzt kommt einmal die gute Nachricht. Ich werde vermeiden, die Zahlenangaben zu wiederholen und ich werde vermeiden, die Zahlenstatistik anzubringen, die ich sonst zu diesem Anlaß immer gemacht habe. Wer sich die Mühe gemacht hat, alte Prokölle nachzulesen, der weiß, wie ich mir die Haushaltsentwicklung in unserer Stadt immer vor Augen führe und auch immer versucht habe, das dem hohen Gemeinderat mit meinen unzulänglichen Mitteln anheimzustellen. Die schlechte Nachricht ist der Inhalt dieses Rechnungsabschlusses. Man könnte es sich leicht machen und sagen, es ist nicht so schlimm gekommen, wie wir alle beim Nachtragsvoranschlag befürchtet haben. Aber so leicht hat es sich auch der Finanzreferent nicht gemacht und wenn er gesagt hat, die Entwicklung ist alarmierend und das ist die einzig richtige Bezeichnung. Ich habe in den letzten Jahren das Bild des Bergsteigers gezeichnet, der den Berg hinaufgeht und die Luft wird immer dünner. Ich habe zum Haushaltsvoranschlag 1988 gesagt, die Luft ist raus und ich müßte jetzt eigentlich in logischer Fortsetzung sagen, unserer Wanderer hächelt schon. Das ist wirklich ein alarmierendes Zeichen. Wir müssen eine bestimmte Strecke Weges gehen, aber der Atem, der uns zur Verfügung steht, ist schon so dünn, daß wir in die Grenzen der Kreislaufstörungen kommen, d. h., wir müssen uns sehr sorgfältig überlegen, welchen Weg wir einschlagen, um das Ziel zu erreichen. Das Ziel, das wir alle haben, ist die Stadt Steyr lebenswerter zu machen und die notwendigen Maßnahmen wie Umwelt, Technik usw. auch vollziehen zu können. Daher müssen wir uns einen Prioritätenkatalog stellen, uns auch ein Finanzierungskonzept zu diesem Prioritätenkatalog dazu erstellen, besser und detaillierter als es das Entwicklungskonzept der Stadt Steyr tut, das ja nur eine verbale Willenserklärung ist, eine Aufzählung von Maßnahmen darstellt, aber durchaus noch nicht die Reihung dieser Maßnahmen. Ich glaube, ich befinde mich wirklich im Einklang mit dem Finanzreferenten. Der Gemeinderat hat ja eine - so wurde es genannt - sparsame Politik betrieben. Es wurden Einsparungen gegenüber dem Nachtragsvoranschlag vielfach erzielt, es wurde hervorgehoben, daß die Abgaben der Stadt reduziert wurden, das Beispiel Landesumlage wurde erwähnt. Wir könnten uns alle in die Äußerung einschließen, daß dies erfreulich ist, wenn nicht der Hintergrund dahinter stünde. Die Landesumlage ist deshalb geringer, weil die Finanzkraft der Stadt geringer wurde. Die Finanzkraft resultiert eben aus dem Vermögen, das wurde ja beschrieben und ich brauche die Zahlen nicht mehr wiederholen. Aus dem Vermögensabgang und aus dem Einnahmensabgang resultiert eben die sinkende Finanzkraft. Das ist das betrübliche dabei, daß wir für die großen Vorhaben, die wir noch haben, Innenstadtsanierung, Sanierung Steyrdorf, Fortsetzung des Kanalprojektes, immer weniger Mittel zur Verfügung haben, daß sich unser Ermessensspielraum immer geringer gestaltet und das hat auch der Kollege Wippersberger sehr deutlich angeführt, daß wir die Schwierigkeiten haben, den ordentlichen Haushalt die Pflichtausgaben zu bedecken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können es in Wahrheit nicht mehr. Wir bedecken den ordentlichen Haushalt aus Rücklagen, die wir durch Darlehensaufnahme geschaffen haben. Das ist die reine einfache Wahrheit. Wenn wir den außerordentlichen Haushalt gegenüber dem Nachtragsvoranschlag reduziert haben, so ist zum Teil der Rotstift schuld, wie Du es genannt hast, also die Nichtinangriffnahme oder auch die Nichtvollendung begonnener Maßnahmen. Es ist auch die Rechnungslegung schuld und der Zahlungsvollzug, der aus diesen technischen Gründen über das Rechnungsjahr hinausgekommen ist. Man erkennt die Einsparung im Jahr 1987, wenn man sich Mühe macht auch ansetzt im Jahr 1988, wo schon vorzeitig die Luft raus war, weil Mittel aus 1987 eingespart wurden. Es sollte uns dieser Rechnungsabschluß mit der gelungenen bzw. teilweise gelungenen Reduktion der Ausgaben nicht zu dem Übermut veranlassen, jetzt ist wieder alles in Ordnung, wir sind auf dem richtigen Weg. Vielleicht haben wir die richtige Richtung gefunden. Aber den richtigen Weg haben wir noch nicht so voll unter den Füßen, wie wir es alle gerne hätten, nämlich auch in Richtung Konsultierung der Stadtfinanzen, die uns dann wieder den Spielraum gäbe für Entscheidungen, die über die blutigen Notwendigkeiten hinausgehen. Ich glaube, es ist niemand in der Gemeinde-stube in Steyr da, der nicht von Herzen gerne irgendwelche Wünsche aus der Bevölkerung erfüllen würde, aber es muß sich jeder vor Augen halten, daß die Mittel, die zu dieser Wunscherfüllung vorhanden sind, fast nicht vorhanden sind. Das wäre meine Schlußfolgerung aus diesem Rechnungsabschluß und eine Betrachtung eines Zahlenwerkes, für dessen Erstellung ich natürlich danke, die von den bisher üblichen Betrachtungen, wie ich sie angestellt habe, abweichen. Ich bitte wirklich alle Parteien im Gemeinderat und alle Gemeinderäte, den Finanzreferenten bei der Bemühung um die Haushaltskonsolidierung zu unterstützen und ich kann Dir versichern, daß wir unseren Beitrag dazu leisten werden, wenngleich auch das eine oder andere an Wünschen dennoch formuliert werden muß und wenn-gleich auch das eine oder andere an Gebührenvorstellungen auch von uns nicht mitgetragen werden kann wahrscheinlich auch in Zukunft nicht und auch in der Vergangenheit nicht konnte. Da unterscheiden sich ganz einfach diverse Zielsetzungen im Detail. Aber ich kann Dir Kollege Wip-persberger versichern, daß wir am großen Konzept wirklich konstruktiv mitarbeiten wollen, daß der Haushalt von uns sicherlich sehr sorgsam be-trachtet werden wird. Dem Zahlenwerk selbst stimme ich namens der ÖVP-Fraktion selbstverständlich zu, wobei die Zustimmung natürlich nicht be-deuten kann, daß wir im nachhinein alles jene gut heißen, war wir im Laufe des Jahres 1987 beschlußmäßig nicht mittragen konnten. Den Beam-ten der Finanzabteilung unter der Führung von Dr. Schmidl nochmals danke für die Erstellung des Haushaltes bzw. des Rechnungsabschlusses. Vielleicht noch eine kleine Bitte für die Zukunft. Es möge der Kommen-tar zum Rechnungsabschluß wieder etwas inhaltsreicher sein. So wie das ja in den letzten Jahren war, und zwar nicht etwa deshalb, weil ich so gerne Kommentare lese, ein bißchen ein Bild kann ich mir schon selbst machen, aber weil ich glaube, daß es nicht jedermann und auch nicht je-dem Gemeinderat Spaß macht, in diesem dicken Zahlenbuch zu blättern, sondern daß es sehr notwendig wäre, daß man in knappen Zusammenfassun-gen auch die Meinung des Rechnungsdirektors aus einem Amtsbericht zum Rechnungsabschluß erkennen könnte, was sonst unter Umständen, wenn man nicht sehr gut eingesehen ist, sehr sehr schwer fällt. Ich denke, das könnte auch ein Beitrag zur Zielerreichung sein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Holub. Wünscht noch jemand zu sprechen zum Rechnungsab-schluß? Bitte Herr Kollege Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, ich habe es ein bißchen schwieriger in dieser Situation als neuer Gemeinderat. Ich habe daß getan, was viele von Ihnen wahrscheinlich auch getan haben, wenn Sie ehrlich sind, ich habe vor diesem dicken Zahlenhaufen einfach kapituliert. Ich habe ihn zur Seite gelegt. Das wesentliche hat der Herr Vizebürgermeister sowieso gesagt und das erzählt er jedem, der es hören will und der es nicht hören will, so wie wir gern wollen, können wir nicht. Die Einnahmen sind nicht dort, wo wir sie gerne hätten und die Ausgaben bekommen wir nicht dorthin, wo sie sein müßten, damit wir ohne weitere Schulden hinkommen. Als Geschäftsführer einer Firma weiß ich wenigstens, irgendwann einmal beschlägt einem dann die Wucht der Fremdfinanzierung und irgendwann einmal ist alles verkauft, wenn wir so weiter wirtschaften und irgendwann müssen wir dann den Bürgermeister vermieten, damit wir Geld bekommen. Das wird es aber auch nicht bringen. Wir sind in einer ernsten, wenn nicht dramatischen Situation. Und wenn wir uns nicht zusammenreißen, werden wir auch dort drinnen bleiben, bis wir irgendwann einmal unter Zwangsverwaltung kommen. Daher gilt der Spruch für alle, die etwas von der Gemeinde wollen, es ist ein alter Spruch, nämlich erstens, nicht was kann die Gemeinde für Dich tun, sondern was kannst Du für die Gemeinschaft tun. Ob das jetzt um Subventionen geht, ob es jetzt darum geht, wenn die Stadt Steyr Leistungen, Dienstleistungen von der Anglobung, von der Trauung, vom Taufschein usw. bis zur Altenpflege tut. Was bekommen wir dafür, wie deckt es die direkten Kosten. Und da sind wir schon wieder beim ersten Punkt, den ich habe. Nicht nur vom Zahlenkonvolut bin ich zurückgeschreckt, sondern auch von der seltsamen Mischung wie Wirtschaftsbetriebe, allgemeine Verwaltung, Dienstleistungen der Stadt Steyr miteinander vermischt werden, daß ein so armer Geschäftsführer wie ich kaum einen Durchblick findet. Vielleicht bekomme ich ihn noch im Laufe der Zeit. Es gibt anscheinend Leute, die ihn haben, ich habe ihn noch nicht. Trotzdem, meine Bitte wäre, mehr Übersicht, mehr Verständnis. Diese Zahlen, die Sie in Gesamtheit genannt haben - ich habe es gesehen an der Aufmerksamkeit, die schön langsam verloren geht, es geht auch den anderen so. Einen wesentlichen Punkt, den auch der Rechnungshof schon vor Jahren einmal angegeben hat ist längerfristig denken, längerfristig planen. Sehr viele Investitionen sind voraussehbar, sehr viele Reparaturen sind voraussehbar, man kann das mehrjährig planen, man kann das mehrjährig denken. Man kann auch mehrjährig die finanziellen Mittel dafür aufbringen. Ein weiterer Punkt ist Wirtschaftsbetriebe ausgliedern in rechtlich selbständige Gesellschaften. Es müßte doch möglich sein, das Gaswerk oder das Wasserwerk so weit zu bringen, daß es keinen Zuschuß mehr erfordert, daß es wenigstens ausgeglichen bilanziert wird. Ich möchte nur ein Beispiel bringen, ich habe gebaut und die Stundenleistungen des Gaswerksmitarbeiters und die Stundenleistung von irgendeinem Installateur, da muß ich sagen, daß das Gaswerk wirklich sehr billig ist. Vielleicht wäre es da möglich, einen Ansatz zu bringen, die die Wirtschaftsbetriebe unter einer anderen Rechtsform mit einer anderen Verwaltung unter einem gewerberechtlich verantwortlichen Geschäftsführer dorthin zu bringen, wo sie hinsollen, daß es wenigstens ausgeglichen wird. Genau so ist es mit der GWG. Vielleicht könnten wir uns in Zukunft sehr viel leichter tun, wenn wir mehr Übersicht hätten. In diesem Zahlengewirr - sicher mit Mühe erstellt worden - steckt halt die Buchhaltung und die Buchhalter drinnen. Vielleicht könnte man in Zukunft den Jahresvoranschlag überschaubarer und transparenter darstellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es noch eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Holub hat von alarmierend gesprochen, genau dasselbe Wort habe ich gebraucht. Die Erstellung einer Prioritätenkataloges, die Erstellung eines mittelfristigen Finanzplanes, hier fängt schon die große Schwierigkeit an. Wer hätte gedacht, daß innerhalb von 2 Jahren z. B. die Gewerbesteuer nicht nur halbiert, sondern wesentlich mehr als halbiert wird. Wir haben auf der Einnahmenseite Geldquellen, wo wir gar nicht wissen, wie es nächstes Jahr ausschauen wird. Wir haben auch eine Reihe von Summen, die wir ganz genau auf den Schilling sagen können, aber gerade bei so großen wichtigen Dingen, großen wichtigen Einnahmen sind wir eigentlich auf das angewiesen, was wir vom Finanzamt bekommen. Wir können etwa aufgrund der etwas schlechten Wirtschaftslage, weil die Arbeitslosenrate erhöht worden ist, schon voraussehen, wir werden bei der Lohnsummensteuer gewisse Einbußen bekommen. Aber die Gewerbesteuer, die ist doch eine der wichtigsten Einnahmen, da wissen wir im vorhinein überhaupt nichts. Auf Beamtenebene laufen ja bereits die Vorbereitungen zur Budgeterstellung für 1989 - ich werde Dich, Kollege Holub, zeitgerecht auch einladen zu Gesprächen, das darf ich hier gleich sagen. Wir werden ja dann ausführlich über all diese Dinge sprechen können. Der Kollege Pragerstorfer ist natürlich ganz neu hier im Gemeinderat. Vielleicht hat er in etwas besser formulierten Worten das zum Ausdruck gebracht, was auch der Kollege Ramoser schon gesagt hat, ein Zahlengewirr. Es hängt bei uns mit der Kameralistik zusammen, wir haben genaue Vorschreibungen, wie das Budget in seinen Einzelheiten ausschauen muß und das ist die Schwierigkeit, die dazu führt, daß man sich sehr schwer zurechtfindet. Ich muß sagen, auch ich tu mir auch oft hart. Sie sagen, die Einnahmen reichen nicht mal aus, um die notwendigsten Ausgaben zu decken. Es hängt doch sehr viel zusammen mit der schlechter gewordenen Wirtschaftslage unserer Stadt. Wir liegen mit 60 oder sogar 65 % der Arbeitslosenrate über dem oberösterreichischen Durchschnitt und das spüren wir als Stadt hier ganz besonders. Es ist sehr schwer, längerfristig zu planen, weil man bei wichtigen Einnahmen überhaupt nicht weiß, wie wird die Zukunft ausschauen, bekommen wir um S 20 Mio. mehr oder um S 20 Mio. weniger. Das sind ganz große Schwierigkeiten. Über die Schwierigkeiten kommen wir halt nicht hinweg. Es wird immer ein Defizit geben bei der Kunsteisbahn, es gibt in allen anderen Städten das gleiche. Es gibt die Schwierigkeiten überall bei den städtischen Bädern, das ist eben einmal ein Defizit. Das sind Dinge, wo wir nicht darüber hinweg kommen werden. So, ich glaube, ich habe damit im wesentlichen das gesagt, was ich dazu sagen wollte und ich bitte nun den Herrn Bürgermeister über den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen. Danke. Gegen den Antrag oder Enthaltungen . 1 Gegenstimme. Dieser Antrag ist somit beschlossen.

1 Gegenstimme: GAL

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag beschäftigt sich mit der Gemeindegetränkesteuerordnung. Er befaßt sich mit der Novellierung der Getränkesteuerordnung. Wie Ihnen ja bekannt sein wird, ist ein jahrelanger Streik hinsichtlich der Einbeziehung der Verpackung der Getränke in die Getränkesteuer entstanden

und ob für verkaufte Getränke an Personen, die außerhalb dieses jeweiligen Gemeindegebietes wohnen, eine Getränkesteuer zu bezahlen ist. Auch wir als Stadt, das wissen Sie ja aus dem Gemeinderat, haben die negativen Auswirkungen dieses jahrelangen Rechtsstreites sehr deutlich zu spüren bekommen. Die Novellierung der Getränkesteuerordnung, die seitens der Oö. Landesregierung mit Beschluß vom 28. 1. d. J. vorgenommen wurde, bezieht sich daher auch primär auf diese beiden Punkte:

1. Zum steuerpflichtigen Entgelt gehört nun auch der Wert der mitverkauften Verpackung und Trinkhalme sowie der üblichen Beigaben und
2. der Steuerpflichtige hat der Nachweispflicht auch für den Verbrauch außerhalb des Gemeindegebietes nachzukommen.

Dieser Novellierung Rechnung tragend haben wir eine Neufassung der Getränkesteuerordnung vorgenommen. Eine völlige Neufassung, welche von der Landesregierung auch vollinhaltlich genehmigt wurde. Ich hoffe, daß mit dieser Novellierung zumindest hinsichtlich Verpackung endgültig Klarheit geschaffen wurde und es in diesem Zusammenhang zu keinen weiteren Beeinträchtigungen bei uns bei den Steuereinnahmen aus der Getränkesteuer kommen wird. Ich glaube, die Getränkesteuer zu verlesen, ist nicht erforderlich. Aber ich verlese Ihnen den Wortlaut des Antrages.

7. Gem III - 3121/88

Gemeinde-Getränkesteuerordnung

Der Gemeinderat wollte beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 14. Juni 1988 wird die in der Anlage beigezeichnete Neufassung der Gemeinde-Getränkesteuerordnung der Stadt Steyr genehmigt. Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Steyr zu erfolgen. Diese Steuerordnung tritt mit dem Ablauf des Tages der ordnungsgemäßen Kundmachung in Kraft. Gleichzeitig wird die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 22. 5. 1986, Zahl: Präs-774/74, aufgehoben.

Beilage E

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder gibt es Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung, somit beschlossen. Nächster Antrag.

1 Stimmenthaltung: GAL

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der dritte Antrag ist ebenfalls ein nicht unwichtiger Antrag. Es geht hier um den Rechnungsabschluß des Reinhaltungsverbandes aus dem Jahr 1987. Der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, dem ich die Ehre habe vorzustehen und dem neben Steyr bekanntlich auch die Gemeinden Sierning, Garsten, St. Ulrich, Aschach, Dietach und Behamberg angehören, hat in seiner Mitgliederversammlung am 6. Juli d. J. den Rechnungsabschluß 1987 einhellig gebilligt. Ich darf bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die Zusammenarbeit in diesem Verband ausgezeichnet funktioniert, überaus gut und fruchtbar für alle Gemeinden. Der Bau der großen Sammelkanäle, der Bau der großen Kläranlage wie auch der Betrieb dieser Anlage haben schon bisher viel Geld gekostet und kosten auch weiterhin noch viel Geld.

Und das führt natürlich zu einer sehr starken finanziellen Belastung der Gemeinden, und es ist daher nur allzu begreiflich, wenn seitens der Mitgliedsgemeinden hin und wieder ein Aufstöhnen zu vermerken ist, wenngleich, und das ist wohl am entscheidendsten, allen die Notwendigkeit dieser Aufgabe bewußt ist. Wie groß und umfangreich diese bisher schon getätigten Arbeiten waren, geht allein schon aus der Bilanzsumme des Reinhaltungsverbandes, die 1987 auf rund S 585,8 Mio. angestiegen ist, eindeutig hervor.

Ich darf nochmals auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit in diesem Verband weisen, danke dafür und danke aber auch unseren verantwortlichen Beamten und Vertragsbediensteten für ihre bisherige hervorragende Tätigkeit.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

8. Wa - 5450/85

Reinhaltsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1987

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Rechnungsabschlusses des RHV Steyr und Umgebung für das Jahr 1987 wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den RHV Steyr und Umgebung in Höhe von S 16,732.170,79 (Investitionskostenanteil S 7,875.192,55, Betriebskostenanteil S 7,260.118,29, Beitrag Hausanschlüsse BA 01 S 1,596.859,95) zur Kenntnis genommen und der Ausbezahlung des Restbetrages in Höhe von S 10,581.170,71 (a-conto-Zahlung S 6,151.000,--) zugestimmt.

Zu diesem Zweck hat bei der VA-Stelle 1/6210/774000.1 eine Freigabe in Höhe von S 8,984,310,84 sowie bei der VA-Stelle 5/6210/774000.2 eine Freigabe in Höhe von S 1,596.859,95 zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind. Danke. Gegenstimmen oder Enthaltungen. 1 Enthaltung. So dieser Antrag beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

VIEZBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Haftungsübernahme, und zwar Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 06 für ein Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

9. Wa - 5450/85

Bauabschnitt 06 des RHV; Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 14. 7. 1988, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 46 Abs. 7 StS nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt:

"Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV vom 7. 7. 1988 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Wasserwirtschaftsfonds gewährtes Darlehen in der Höhe von

S 45,500.000,-- (fünfundvierzigmillionenfünfhunderttausend)

für den Bauabschnitt 06 des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung zugestimmt.

Im Sinne des § 71 Abs. 3 des Statutes für die Stadt Steyr wird das genehmigungspflichtige Rechtsgeschäft erst mit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung rechtswirksam."

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Eine Stimmenthaltung, so beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein letzter Antrag beschäftigt sich ebenfalls mit dem RHV Steyr und Umgebung. Es geht ebenfalls um eine Haftungsübernahme. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

10. Wa - 5450/75

Bauabschnitt 04 des RHV; Zentrale Kläranlage, Schlamm entwässerung und Mülldeponie der Stadt Steyr; Abänderung der Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV vom 19. 8. 1988 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Wasserwirtschaftsfonds gewährtes Darlehen in der Höhe von S 2,450.000,-- für die Schlamm entwässerung der Zentralen Kläranlage und die Mülldeponie der Stadt Steyr zugestimmt.

Im Sinne des § 71 Abs. 3 des Statutes für die Stadt Steyr wird das genehmigungspflichtige Rechtsgeschäft erst mit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung rechtswirksam.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Gegenstimmen oder Enthaltungen? Eine Stimmenthaltung, damit ist auch dieser Antrag beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

Ich danke Kollegen Wippersberger für die Berichte. Kollegin Ehrenhuber ist die nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In meinem ersten Antrag geht es um die dringend notwendige Generalreparatur der Aufzugsanlage im Zentralaltersheim. Der Antrag lautet:

11. GHJ 2 - 3383/88

Generalreparatur der Aufzugsanlage im Objekt Hanuschstraße 1; Ergänzung zum Bericht der Verwaltung des ZAH v. 30.5.1988

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Verwaltung des Zentralaltersheimes vom 22. 6. 1988 wird im Zusammenhang mit der Generalreparatur der Aufzugsanlage im Objekt Hanuschstraße 1 der Durchführung der im Amtsbericht aufgeführten Arbeiten zugestimmt und die erforderlichen Arbeiten an die Firma

Kone Sowitsch AG, Wien, zum Preis von S 578.500,-- netto übertragen.
Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 578.500,-- (fünfhundertachtundsiebzigtausendfünfhundert)

werden bei VSt 5/4200/010170.0 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Eine Stimmenthaltung, so beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Vergabe weiterer Arbeiten im Zentralaltersheim und die entsprechende Mittelfreigabe. Der Antrag lautet:

12. Bau 5 - 3981/86

Umbau Zentralaltersheim; Vergabe
weiterer Arbeiten und Mittelfreigabe

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 9. 8. 1988 werden im Zusammenhang mit dem Umbau im Zentralaltersheim nachstehende Aufträge vergeben:

1. Schlosserarbeiten

an die Fa. Weichselbaumer, Steyr, zum Preis von S 764.123,30 netto

2. Baumeisterarbeiten:

an die Fa. Prameshuber, Steyr, zum Preis von S 371.321,-- netto

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.136.000,-- (einemillioneinhundertsechsdreißigtausend)

werden bei der VSt 5/4200/010170.0 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Eine Enthaltung, somit ist auch dieser Antrag beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Genehmigung einer Kreditüberschreitung. Der Antrag lautet:

13. Präs - 784/87

VSt 1/4200/728000.1 - Rentex-Inkonti-
nenzverfahren; Kreditüberschreitung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Verwaltung des Zentralaltersheimes vom 18. 7. 1988 wird zur Deckung der Kosten für das probeweise eingeführte Rentex-Inkontinenzverfahren, welches nunmehr verbleibt, eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,400.000,-- (einemillionvierhunderttausend)

bei der VSt 1/4200/728000.1 bewilligt. Für diese Kreditüberschreitung ist zum Zeitpunkt der Antragstellung keine Deckung vorhanden.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind. Danke. Dagegen oder Enthaltungen? Auch hier eine Stimmenthaltung. Danke für die Berichte. Kollege Pimpl ist der nächste.

1 Stimmenthaltung: GAL

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Vor einiger Zeit wurde die Altglassammlung umgestellt, da der bisherige Vorgang und die bisherige Praxis sowohl eine flächemäßig Abdeckung der Stadt nicht möglich machte und gleichzeitig auch die Entsorgung selbst nur unzureichend wahrgenommen wurde. Es hat sich eine Firma, und das ist ja ein Teil unserer Entsorgungskonzepts, bereit erklärt, zukünftig die Entsorgung zu übernehmen und auch einen Großteil der Kosten für die Aufstellung von Glascontainern zu übernehmen. Auch die Firma, die diese gesammelten Altglasmengen übernimmt, hat einen Teil dieser notwendigen Anschaffungskosten getragen. Wie wir ja wissen, hat das bisherige Sammelergebnis unsere Bemühungen gerechtfertigt. Trotzdem ist ein Teil der notwendigen Anschaffungen nicht abzudecken gewesen, sodaß wir uns im vergangenen Jahr schon veranlaßt gesehen haben, eine Subvention für den Ankauf dieser Glascontainer zu gewähren und es wurde heuer neuerlich ein Antrag auf Genehmigung einer Subvention für die Restfinanzierung der insgesamt fast S 800.000,-- anlaufenden Kosten für die Aufstellung dieser Container eingebracht. Ich bitte Sie daher weiters, und wie ich hoffe für diesen Zweck letztmalige Subvention in der Höhe von S 132.000,-- zu bewilligen, um die Restkosten abzudecken und gleichzeitig auch für die Zukunft die Entsorgung von wiederverwertbaren Altmaterialien sicherzustellen. Es darf aber auch darauf hingewiesen werden, daß jedes Kilogramm und jedes Volumen, welches auf unserer Deponie nicht eingebracht wird, unsere Deponie entlastet und für einen längeren Zeitraum für nicht wiederverwertbare Altstoffe zur Lagerung ermöglicht. Ich glaube, diesen Effekt muß man immer wieder in den Vordergrund stellen, weil wir damit zweierlei erreichen. Einerseits das Sammeln von wiederverwertbaren Altstoffen und gleichzeitig eine Entlastung unserer Deponie, die ja auch nur begrenzt aufnahmefähig ist. Ich darf Ihnen daher den Antrag zur Verlesung bringen:

14. ÖAG - 2680/84

Müllabfuhr

Systementsorgungskonzept; Aufstellung von
Glascontainern; Subvention

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. I vom 24. 5. 1988 wird der Firma Peter Bittner, Steyr, Schaumbergerstraße 2, zum Ankauf von Containern zur Durchführung des Systemsorgungskonzeptes eine Subvention in Höhe von S 132.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 132.000,-- (einhundertzweiunddreißigtausend)

werden bei der VSt 1/8130/776000.7 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Zu Wort hat sich Kollege Spöck gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werte Herren Bürgermeister, wert Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Dem vorliegenden Antrag auf Gewährung einer Subvention zur Durchführung des Systemsorgungskonzeptes werden wir die Zustimmung geben. Apropos Umweltschutz und Umweltschutzmaßnahmen. Ich möchte dazu noch einen Vorschlag hier einbauen. Die oberösterreichischen Autofahrer haben leider bisher von der Möglichkeit, ihre Fahrzeuge mit einem Katalysator nachzurüsten, nur in geringem Ausmaß Gebrauch gemacht. Nach Schätzung der Fachleute beläuft sich die Zahl der nachgerüsteten Fahrzeuge landesweit lediglich auf etwa 100 Stück. Durch den Einbau eines Katalysators aber reduziert sich die Gesamtschadstoffbelastung eines einzigen Autos bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von 5 bis 10 Jahren um rund 1.300 kg, d. s. 1,3 Tonnen weniger Stickoxide, Kohlenwasserstoffe und Kohlenmonoxide, mit denen die oberösterreichische Luft und damit unsere Umwelt belastet wird. Angesichts dieser technisch leicht erzielbaren und deutlichen Entlastung unserer Umwelt sowie Bemühungen, alle Möglichkeiten bei der weiteren Verbesserung unserer Luftqualität voll auszuschöpfen, hat ja das Land Oberösterreich ab 1. 8. 1988 eine Förderungsaktion für Nachrüstkatalysatoren gestartet, das bedeutet, daß jeder oberösterreichische Fahrzeughalter, der seinen LKW oder Combi mit einem Katalysator nachrüstet, vom Land eine einmalige Prämie von S 2.000,-- erhält. Darüber hinaus verzichtet das Land auf die bei der Typisierung üblicherweise zu entrichtenden Abgabe von S 500,--. Diese Aktion, die in Zusammenarbeit mit dem Kfz-Handel sehr unbürokratisch abgewickelt wird, ist aber mit 31.12.88 befristet. Die Verbesserung der Luftgüte kann aber nicht nur ein ernstes Anliegen des Landes sein, sondern müßte auch im Interesse der Gemeinden liegen. Der finanzielle Aufwand, der den Gemeinden bei einer zusätzlichen Förderung von etwa S 1.000,-- erwachsen würde, ist im Interesse der Umwelt sicherlich gerechtfertigt. Acht Gemeinden haben bisher von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, haben gefördert jeweils S 1.000,-- . Die Gemeinde Vorchdorf, Ried i. I., Scharnstein, Wilhering, Ort i. I., Geretsberg und Bad Zell. In Kollerschlag gibt es eine Nachrüstprämie von S 500,--, die übrigen Gemeinden haben eine Nachrüstprämie von S 1.000,--. Es wäre sicherlich ein sinnvoller Beitrag, damit unsere Luft und unsere Umwelt sauber zu machen. Es würde sich natürlich auch der finanzielle Anreiz für den Autofahrer dadurch erhöhen. Für den Einbau des Nachrüstkatalysators - z. B. bei VW und Audi, können alle Modelle ab dem Baujahr 1980 mit Originalnachrüstkatalysatoren ausgestattet werden - wirbt auch der KFZ-Handel.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der ÖVP-Fraktion möchte ich daher folgenden Antrag stellen:

Gemeinderat Wilhelm Spöck an Herrn Bürgermeister Heinrich Schwarz, Rathaus.

Betrifft: Antrag gemäß § 11 Abs. 1 des Stadtstatutes in Entsprechung des § 5 Abs. 1 lit. c der Geschäftsordnung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Da es durch den nachträglichen Einbau eines Katalysators zu einer technisch leicht erzielbaren und deutlichen Entlastung unserer Umwelt kommt, sollte sich die Stadt Steyr mit einer zusätzlichen Prämie von S 1.000,-- pro PKW oder Combi der in der Zeit vom 1. 1. 1988 bis zum 31. 12. 1988 mit einem Katalysator nachgerüstet wird bzw. wurde der Förderungsaktion des Landes anschließen. Ich stelle daher namens der ÖVP-Fraktion an die Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Steyr schließt sich der Katalysatornachrüstaktion des Landes Oberösterreich an und gewährt neben der Landesförderung von S 2.000,-- zusätzlich noch einen Gemeindegeldzuschuß für Katalysatornachrüstung von PKWs und Combis in der Zeit von 1. 1. 1988 bis 31. 12. 1988 einen Gemeindegeldzuschuß von jeweils S 1.000,--. Die bezugshabenden Richtlinien des Landes Oberösterreich gelten für diesen Zuschuß sinngemäß. Ich bitte um geschäftsordnungsgemäße Behandlung.

Ich darf dem Herrn Bürgermeister dem Antrag geben. Kollege Wieser hat in den Fraktionsobmännern bzw. der Presse gegeben. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf dazu sagen, der Antrag ist den Statuten entsprechend abgefaßt und eingebracht. Er wird einer geschäftsordnungsmäßigen Erledigung zugeführt, d. h., er kann also in der heutigen Sitzung nicht behandelt werden, sondern wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates kommen. Es ist dieser Antrag in einer sicherlich sachlich zu einem Tagesordnungspunkt eingebracht worden, aber steht also heute nicht zur Debatte. Danke.

Wünscht noch jemand das Wort. Das ist nicht der Fall. Das Schlußwort bitte Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren, es wurde schon erwähnt, daß es heute nicht Gegenstand der Beratung dieses Antrages ist, trotzdem sei mir als Umweltschutzreferent dazu einiges gesagt:

Ich bin absolut dafür bekannt, glaube ich, daß ich mich zum Umweltschutz nicht nur bekenne, sondern auch danach handle. Aber ich halte eine Vorgangsweise nicht für zielführend, die davon ausgeht, daß ich mich der Umwelt gegenüber so verhalte, daß die Umwelt auch geschont bzw. erhalten bleibt, daß sich das beantwortet, was bekomme ich dafür. Ich schließe mich hier jenen Argumenten an, daß ich eigentlich verlangen müßte als Umweltschutzreferent und als Person, daß ich sage, was kann ich dazu beitragen, um die Umwelt zu verbessern und nicht, was bekomme ich dafür? Wenn wir diese Fragen oder die Umweltfrage so zu lösen versuchen, wie sie hier beantragt wird, werden wir sicherlich an der Umweltgesinnung scheitern. Sie werden mir Recht geben, meine Damen und Herren, daß Sie beim Ankauf eines neuen PKW's keinen Zuschuß bekommen und ein neuer PKW vom Gesetzgeber her bereits mit Katalysator zu versehen ist und dieses Auto sich im Preis immerhin zwischen S 10.000,-- und S 15.000,-- teurer niederschlägt. Wenn Sie jetzt und sicherlich oft aus finanziellen Gründen sich einen Gebrauchtwagen kaufen, dann haben Sie meistens - weil eben die Gesetzgebung das nicht vorsieht, zumindest vorläufig nicht - die Möglichkeit, ein ohne Katalysator ausgerüstetes Fahrzeug zu kaufen, um damit das Gesetz zu umgehen. Jetzt wird sicherlich auch überlegt vom Land, für die Nachrüstung einen Zuschuß zu gewähren. der leider von der Bevölkerung fast nicht angenommen wird und ich bin überzeugt, daß auch eine zusätzliche Prämie von

S 1.000,-- an dieser Situation kaum etwas ändert, sodaß ich, obwohl ich hier absolut vermeiden möchte, polemisch die Sache zu betrachten, vermute, daß dieser Antrag eher nach außen hin eine Argumentation darstellt, aber inhaltlich an der Tatsache, wie sie bisher praktiziert wurde, kaum etwas ändert. Eines verwundert mich sicherlich mit dabei, ohne eine gewisse Spannung in diesen heutigen Gemeinderat zu bringen, wenn man vorher appelliert an die Sparsamkeit des Gemeinderates in Anbetracht der angespannten Budgetsituation, dann verwundert es einen doch sehr als Mandatar und Mitglied des Gemeinderates, wenn hier diese Doppelstrategie verfolgt wird, einerseits ständig neue Anträge stellen und andererseits zum Sparen auffordert. Ich gebe gerne zu, Herr Kollege Spöck, daß wir vielfach möglicherweise an der falschen Seite sparen und manche Dinge vielleicht bewußter betreiben müssen als bisher. Diese etwas durchdachtere Ausgaben- und Einnahmenpolitik können wir kaum beeinflussen, aber zumindest die Ausgabenpolitik ist sicherlich ständig einer Überprüfung zu unterziehen und soweit sind wir uns einig. Daß wir aber nur aus Gründen, um in einer gewissen Art in der Öffentlichkeit eine sehr positive Meinung dabei zu bekommen, ohne dabei auch glaubwürdig zu sein, sollte man meines Erachtens vermeiden. Das sei mir als Anmerkung gestattet. Ansonsten darf ich bitten, diesen Antrag zu beschließen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Gegen den Antrag oder Stimmenthaltungen? Danke. Einer der wenigen Anträge, die heute einstimmig beschlossen wurden.

Kollege Sablik ist der nächste. Ich übergebe den Vorsitz kurzfristig Kollegen Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf Ihnen heute 5 Anträge vorlegen. Der erste betrifft den Ankauf eines Unimog U 1200 mit Straßenkehrmaschine-Schnellwechselaufbau. Der Antrag lautet:

15. ÖAG - 500/88

städt. Wi-Hof

Ankauf UNIMOG U 1200 mit Straßenkehrmaschine-Schnellwechselaufbau

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. VII vom 10. 6. 1988 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf eines UNIMOG mit Straßenkehrmaschine für den städt. Wirtschaftshof nachstehende Aufträge vergeben:

1. Lieferung eines UNIMOG Vorführfahrzeuges U 1200 samt Zusatzausrüstung an die Fa. Mercedes-Benz, Linz, zum Preis von S 957.480,-- inkl. MWSt.
2. Lieferung eines Straßenkehrmaschinenschnellwechselaufbaues für einen UNIMOG U 1200 (Vorführgerät)
an die Fa. Dkfm. Heinrich Trilety, 5400 Hallein, zum Preis von S 681.588,-- inkl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,350.000,-- (einmilliondreihundertfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8200/040000.9 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 290.000,-- (zweihundertneunzigtausend)

bei der gleichen Voranschlagstelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nein. Gibt es eine gegenteilige Meinung oder Stimmenthaltung? Mit einer Stimmenthaltung angenommen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Akt beinhaltet den Ankauf von Elektromaterial für das Beleuchtungsprogramm 1988 zur Instandhaltung der Beleuchtung Steinbrecherring und Gründbergsiedlung sowie für die Beleuchtungsvorhaben Schlüsselhof, Fischhub und Kleinramingerstraße. Der Antrag lautet:

16. En - 597/88

En - 599/88

En - 1123/88

Ankauf von Elektromaterial für das Beleuchtungsprogramm 1988 zur Instandhaltung der Beleuchtung Steinbrecherring und Gründbergsiedlung sowie für die Beleuchtungsvorhaben Schlüsselhof, Fischhub und Kleinramingerstraße

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 7. 6. 1988 werden im Zusammenhang mit der Instandhaltung bzw. der Erneuerung der im Amtsbericht aufgezählten Beleuchtungsanlagen nachstehende Aufträge vergeben:

1. Masten- und Leuchtenlieferung

an die Fa. Austria Email, Wien, zum Preis von S 334.015,75 inkl. MWSt.

2. Kabel- und Zubehörlieferung

an die Fa. EGE zum Preis von S 205.224,83 inkl. MWSt.

3. Leuchten- und Elektromateriallieferung für Instandhaltung

an die Fa. Enzberger zum Preis von S 168.953,67 inkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden wie folgt freigegeben:

S 108.000,-- bei der VA-Stelle 1/8160/050000.1

S 169.000,-- bei der VA-Stelle 1/8160/619000.5

S 57.000,-- bei der VA-Stelle 1/6120/002720.0.

Gleichzeitig wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 376.000,-- (dreihundertsechundsiebzigttausend)

bei VA-Stelle 6/6120/002050.2 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs.5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Mit einer Gegenstimme beschlossen.

1 Gegenstimme: GAL

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Akt beinhaltet den Neubau der Seufzerbrücke in Stein. Der Antrag lautet:

17. Bau 4 - 2600/88

Bau 3 - 1240/81

Neubau der Seufzerbrücke in Stein im Zuge
des Ausbaues Steinerstraße - Klosterstraße

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 9. 6. 1988 wird im Zusammenhang mit dem Neubau der Seufzerbrücke in Stein im Zuge des Ausbaues der Steinerstraße - Klosterstraße der Auftrag zur Durchführung der erforderlichen Baumeisterarbeiten an die Fa. Hamberger, Steyr, zum Preis von S 1,161.707,40 inkl. USt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,162.000,-- (einemillioneinhundertzweiundsechzigtausend)

werden bei der VA-Stelle 5/6120/002190.6 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme des Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Gibt es eine gegenteilige Meinung oder Enthaltung? Eine Stimmenthaltung, so beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Akt beinhaltet die Gehsteigverbreiterung und Niveaugestaltung um den Leopoldi-Brunnen am Stadtplatz. Der Antrag lautet:

18. Bau 3 -1163/88

Gehsteigverbreiterung und Niveaugestaltung
um den Leopoldi-Brunnen am Stadtplatz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 27. 6. 1988 wird der Auftrag zur Gehsteigverbreiterung und der Niveaugestaltung um den Leopoldi-Brunnen am Stadtplatz an die Fa. Asphalt & Beton BaugesmbH. Steyr, zum Preis von S 1,963.146,-- inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002710.1 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 1,134.000,-- (einmillioneinhundertvierunddreißigtausend)

von der VA-Stelle 5/8110/050450.4 auf die VA-Stelle 5/6120/002710.1 sowie

S 330.000,-- (dreihundertdreißigtausend)

von der VA-Stelle 5/3630/010240.0 auf die VA-Stelle 5/6120/002710.1 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragungen hat durch die VA-Stellen 5/8110/050450.4 und 5/3630/010240.0 zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Kollege Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, ich finde es ein wenig traurig, wenn eines der schönsten Stücke vom Steyrer Stadtplatz so quasi nebenbei, weil zufällig die Post ein paar Kabel zieht, gestaltet wird, indem man halt ein neues Pflaster hinlegt. Ich hätte mir sehr gewünscht eine längere und umfangreiche Diskussion in der Öffentlichkeit über die Getaltung des Stadtplatzes, die längst überfällig ist und wo man dann nach einer langen Liste, vielleicht als Punkt 17 b, es paßt, das ist in Ordnung. Ich verbinde das mit der Hoffnung, daß man das immer noch ändern kann, mit dem Pflaster ist nichts verhaut, deswegen bin ich auch für diese ganze Angelegenheit. Ich wünsche mir sehr, daß gerade bei diesen Dingen, die so im Zentrum der Öffentlichkeit stehen, wo so viele Leute direkt davon betroffen sind, mehr unter der Einschaltung der Öffentlichkeit Diskussionen und daß solche Sachen nicht zum Gehsteigsverbreiterungsbeschluß im Gemeinderat degradieren.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Kollege Sablik bitte das Schlußwort.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ganz kurz nur dazu. Dieser Vorwurf ist ungerecht. Es wird Ihnen Ihr Vorgänger sicherlich schon bekanntgegeben haben, daß mehrmals Bürgerversammlungen stattgefunden haben unter Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit. Bei diesen Versammlungen wurde jedem das Recht eingeräumt und sie wurden förmlich darum gebeten, Vorschläge zu unterbreiten und sich mit Diskussionen daran zu beteiligen und es hat auch eine ganze Anzahl von Privatpersonen oder Vereinigungen von Bürgern oder Vereinigungen von Geschäftsleute hier sehr maßgeblich mitgemischt und es führt dazu, daß der Stadtplatz und sicherlich in nächster Zeit auch die Enge so gestaltet werden, wie sie die Anfänge jetzt bereits sehen. Auch die sichtbaren Probepflasterungen hier am Stadtplatz dienen ja dazu, um augenscheinlich den

interessierten Bürgern zu zeigen, wie sich eben die Denkmalschutzbeauftragten die Gestaltung einer beruhigten Zone am Stadtplatz und in der Enge vorstellen. Jeder von uns Funktionären ist sehr bemüht, diesen Anregungen nicht nur der Bewohner des Stadtplatzes, sondern von ganz Steyr Rechnung zu tragen. Wir gehen ja davon aus, daß der Stadtplatz nicht den paar Leuten gehört, die halt rein zufällig noch in diesem Bereich wohnen, sondern daß der Stadtplatz jedem Steyrer gehört, ob er jetzt in Christkindl, in Gleink oder auf der Ennsleite wohnt. Unter Einbeziehung all der Anregungen aus diesen Kreisen bis zum Landeskonservator und unter Berücksichtigung der uns zur Verfügung stehenden Mittel kommt es zu dieser Kompromißlösung, nennen wir sie Sparlösung infolge eines eingeschränkten Budgets. Dieser Antrag kommt nicht aus heiterem Himmel, sondern wird, angefangen von den zuständigen Ausschüssen oder Fraktionen schon des langen und breiten diskutiert wurde. Heute geht es nur um die Zustimmung für einen Teil des Geldes, den unser Referat braucht, damit man das in die Tat umsetzen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke dem Kollegen Sablik für das Schlußwort. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeilen mit der Hand. Gibt es Stimmenthaltungen. Nein. Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen..

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der letzte Akt beinhaltet die Belagsarbeiten im Bereich Seifentruhe und auf der Gemeindestraße Wiesenberg samt Fahrbahnverbreiterung im Kreuzungsbereich Seifentruhe. Der Antrag hiezu lautet:

19. Bau 3 - 3766/88

B 122 (Voralpenstraße) - Belagsarbeiten im Bereich Seifentruhe und auf der Gemeindestraße Wiesenberg samt Fahrbahnverbreiterung im Kreuzungsbereich Seifentruhe

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 12. 8. 1988 wird der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten auf der B 122 im Bereich Seifentruhe und der Gemeindestraße Wiesenberg samt Fahrbahnverbreiterung im Kreuzungsbereich Seifentruhe an die Fa. ARGE Zwettler BaugesmbH., Steyr - Asphalt & Beton BaugesmbH, Steyr, zum Gesamtpreis von S 1,962,400,80 inkl. MWSt. (Teil A - Seifentruhe: S 960.000,--, Teil B - Wiesenberg: S 1,002.400,80) übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 503.000,-- (fünfhundertdreitausend)

bei der VSt 1/6120/611000.9 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Mit einer Enthaltung so beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

Ich danke dem Kollegen Sablik für seine Berichterstattung und ersuche nun Kollegen Schloßgangl um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der erste Antrag betrifft den Bebauungsplan Nr. 10 und lautet:

20. Bau 2 - 6130/87

Bebauungsplan Nr. 10 - Änderung

Nr. 1 - Tabor - Styria

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 - Tabor - Styria - einsprechend dem Änderungsplan Nr. 1 des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 9. 3. 1988 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI vom 26. 7. 1988 beschlossen.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Gibt es gegenteilige Meinungen? Gibt es eine Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung, somit beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft wieder eine Änderung des Bebauungsplanes betreffend Schlüßlmayr.

21. Bau 2 - 565/88

Bebauungsplan Nr. 34 - Schlüßl-

mayr - Änderung Nr. 2

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 34 - Schlüßlmayr - Änderung Nr. 2 - entsprechend den Plänen der Fa. Zwettler vom 30. 12. 1987 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI vom 18. August 1988 beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wieder meine Frage, gibt es Wortmeldungen? Gegenstimmen oder Enthaltungen? Mit einer Stimmenthaltung beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Die dritte Flächenwidmungsplanänderung betrifft Reder Andrea. Der Antrag:

22. Bau 2 - 4541/87

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 42 -

Reder Andrea

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 42 - Reder Andrea - entsprechend dem Änderungsplan Nr. 42 des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 5. 10. 1987 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI vom 14. 6. 1988 beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag vernommen. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung, so beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Die nächste Flächenwidmungsplanänderung Nr. 48 betrifft die Fa. Hilbert.

23. Bau 2 - 7412/87

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 48 - Fa. Hilbert

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 48 - Fa. Hilbert - wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 9. 3. 1988 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI vom 19. August 1988 beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Mit einer Stimmenthaltung so beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Frau Dr. Hermine Hofer beantragte ebenfalls eine Flächenwidmungsplanänderung.

24. Bau 2 - 5710/87

Dr. Hermine Hofer - Flächenwidmungsplanänderung Nr. 49

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 49 wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 11. 3. 1988 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI vom 18. August 1988 beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich frage Sie gleich Kollege Pragerstorfer, enthalten Sie sich der Stimme. Ich glaube, es gibt keine Gegenstimmen. Das ist nicht der Fall, somit beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wir haben noch eine Flächenwidmungsplanänderung betreffend die Fa. Hartlauer.

25. Bau 2 - 3880/88

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 50 - Fa. Hartlauer

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 50 - Hartlauer - wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes der Stadt Steyr vom 22. 6. 1988 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA. XI vom 30. Aug. 1988 beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Somit einstimmiger Beschluß.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Mein nächster Antrag betrifft die Kanalisation Münichholz.

26. Bau 6 - 5381/87

Kanalisation Münichholz; Errichtung Pumpwerk Forelle

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III namens der städt. Kanalverwaltung vom 1. 7. 1988 werden im Zusammenhang mit der Errichtung des Pumpwerkes Forelle vorbehaltlich der Zustimmung des Wasserwirtschaftsfonds nachstehende Aufträge vergeben:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten sowie maschinelle und elektrotechnische
Einrichtungsarbeiten:

Fa. Hamberger, Steyr, zum Preis von S 1.463.269,36 exkl. MWSt.

2. Starkstromanschlußarbeiten:

OKA Linz zum Preis von S 162.600,-- exkl. MWSt.

3. Postkabelzuleitung:

Post- und Telegraphenbauamt Linz zum Preis von S 15.000,-- exkl. MWSt.

Gleichzeitig wird dem Ankauf des aufgelassenen Freiluftschranks inkl. elektrotechnischer Ausrüstung aus der aufgelassenen Pumpstation B vom RHV Steyr und Umgebung zum Preis von S 69.419,62 exkl. MWSt. zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.747.000,-- (einemillionsiebenhundertsiebenund-
vierzigtausend)

werden bei VSt 5/8110/050210.2 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme oder eine Enthaltung? 1 Stimmenthaltung.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Reichenschwall.

27. Bau 6 - 2370/87

Kanalisation Reichenschwall - Pyrach;
NS B 2 Stelzhamerstraße - NS 15 Sarninggasse; Nachtragsangebote Nr. 1 und Nr. 2; Abrechnungen der Stadtwerke für Wasserleitungsverlegung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 24. 9. 1987 wurden die Bauarbeiten für den Neubau der Kanäle in der Stelzhamerstraße und der Sarninggasse an die Fa. DI. Dr. Koller GmbH, Grein, übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III namens der städt. Kanalverwaltung vom 21. 7. 1988 wird nunmehr der Erweiterung dieses Auftrages um das Nachtragsangebot Nr. 1 über S 177.101,98 exkl. MWSt. sowie der Vergabe der erforderlichen Wasserleitungsverlegungsarbeiten an die Stadtwerke zum Preis von S 18.102,50 exkl. MWSt. nachträglich zugestimmt. Gleichzeitig wird der Erweiterung des Auftrages der Fa. DI. Dr. Koller GmbH., Grein, um das Nachtragsangebot Nr. 2 (Ausführung 1989) über S 319.160,-- exkl. MWSt. zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel finden vorläufig bei den bisher freigegebenen Mitteln Deckung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben diesen Antrag vernommen. Gibt es eine Wortmeldung? Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen. Mit einer Stimmenthaltung beschlossen. (GAL)

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der letzte Antrag betrifft die WC-Anlagen Eisengasse.

28. GHJ 2 - 2500/88

WC-Anlage Eisengasse;
Adaptierung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 18. 8. 1988 werden im Zusammenhang mit der Adaptierung der WC-Anlage Eisengasse nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten:

Fa. Prameshuber, Steyr, zum Preis von S 172.246,80 brutto

2. Sanitärinstallationsarbeiten:

Fa. Kriszan, Steyr, zum Preis von S 78.060,-- brutto

3. Stahlbauarbeiten:

Fa. Tuma, Steyr, zum Preis von S 76.392,-- brutto

4. Elektroinstallationsarbeiten

Fa. Berger, Steyr, zum Preis von S 70.995,60 brutto

5. Natursteinarbeiten:

Fa. Buric, Steyr, zum Preis von S 50.448,-- brutto

6. Fliesenlegerarbeiten:

Fa. Kittinger, Steyr, zum Preis von S 38.340,-- brutto

7. Maler- und Anstreicherarbeiten:

Fa. Huber, Steyr, zum Preis von S 13.706,40 brutto

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 501.000,-- (fünfhunderteintausend)

bei der VSt 5/8120/010090.6 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Schloßgangl für seine Berichterstattung und übergebe nun wieder dem Herrn Bürgermeister den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Steinmaßl ist der nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen heute 5 Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Beim ersten Antrag geht es um den Ankauf von zwei Steyr-Stadtlinienbussen für die Verkehrsbetriebe. Der Antrag lautet:

29. ÖAG - 3490/88

Stadtwerke

Ankauf von zwei Steyr-Stadtlinien-Omnibussen für den städtischen Verkehrsbetrieb

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 3. 6. 1988 wird der Auftrag zur Lieferung von 2 Steyr-Stadtbussen SS 11 HU 240 an die Steyr-Daimler-Puch AG, Wien, zum Gesamtpreis von S 4,394.000,-- exkl. USt. unter Beachtung der im zitierten Amtsbericht näher dargestellten Zusatzvereinbarung übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie für den Antrag sind. Gegen den Antrag oder Enthaltungen? Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem nächsten Antrag handelt es sich um die Sanierung des Trinkwasserverteilungsnetzes und der Neuverlegung von Niederdruckgasleitungen. Der Antrag lautet:

30. ÖAG - 3439/88

Kanalbau Schlüsselhof; Sanierung des Trinkwasserverteilungsnetzes und Neuverlegung von Niederdruckgasleitungen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 31. 5. 1988 werden im Zusammenhang mit der Sanierung des Trinkwasserverteilungsnetzes und der Neuverlegung von Niederdruckgasleitungen in der Schlüsselhofsiedlung nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten für Gas- und Wasserleitungsverlegung:
Fa. Lumetsberger KG, Perg, zum Preis von S 374.000,-- exkl. MWSt.
Verrechnung mit der MA. III zum Preis von S 249.112,50 exkl. MWSt.
2. Ankauf der PVC-Rohre mit Armaturen und Formstücken für die Trinkwasserversorgungsstränge:
Fa. ÖAG Konti, Wels, zum Preis von S 104.297,-- exkl. MWSt.
3. Rohrverlegung Trinkwasserversorgung:
Städt. Wasserwerk zum Preis von ca. S 90.000,-- exkl. MWSt.
4. Rohrverlegung Erdgasniederdruckleitungen:
Städt. Gaswerk zum Preis von ca. S 173.000,-- exkl. MWSt.
5. Rohrtransport Sphärogußrohre:
Städt. Wirtschaftshof zum Preis von S 10.000,-- exkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs.5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch bei diesem Antrag ersuche ich um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der nächste Antrag beinhaltet die Aufschließung Freizeitzentrum Steyr - die Verlegung der Erdgas- und Trinkwasser-Versorgungsleitung.
Der Antrag lautet:

31. ÖAG - 3808/88
Stadtwerke
Aufschließung Freizeitzentrum Steyr -
Verlegung der Trinkwasser- und
Erdgasversorgungsleitungen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 15. Juni 1988 werden im Zusammenhang mit der Aufschließung des Freizeitentrums Steyr - Verlegung der Trinkwasser- und Erdgasversorgungsleitungen - folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten für Gas- und Wasserleitungsverlegung
an die Fa. Prameshuber, Steyr, zum Preis von S 438.276,-- exkl. USt.
2. Lieferung der Asbestzementrohre, Formstücke und Armaturen für den Trinkwasserversorgungsstrang:
an die Fa. ÖAG Konti, Wels, zum Preis von S 232.872,-- exkl. USt
3. Rohrverlegungsarbeiten Trinkwasserversorgung:
an das städt. Wasserwerk zum Preis von ca. S 44.000,-- exkl. USt.
4. Rohrverlegung Erdgas-Hochdruck- und Niederdruckleitung:
an das städt. Gaswerk zum Preis von ca. S 58.000,-- exkl. USt.

5. Rohrtransport Sphärogußrohre:
an den städt. Wirtschaftshof zum Preis von ca. S 8.000,-- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Auch bei diesem Antrag ersuche ich um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder gibt es Enthaltungen. Auch nicht der Fall. Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

In der Wachturmstraße war die Verlegung einer Niederdruckgasleitung notwendig. Der Antrag lautet:

32. ÖAG - 4170/88

Stadtwerke

Niederdruckgasleitung Wacht-
turmstraße; Sanierung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 4. 7. 1988 wird im Zusammenhang mit der Sanierung des Niederdruckgasnetzes der Neuverlegung eines Niederdruckstranges in der Wachturmstraße in einer Länge von ca. 280 lfm. sowie den nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauarbeiten

Fa. DI. Adami, Steyr, zum Preis von S 373.200,-- exkl. MWSt.

2. Rohrverlegungsarbeiten

Städt. Gaswerk zum Preis von ca. S 124.200,-- exkl. MWSt.

3. Rohrtransport der Sphärogußrohre

Städt. Wirtschaftshof zum Preis von ca. S 7.000,-- exkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch bei diesem vorliegenden Antrag ersuche ich um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen gibt es keine. Auch keine gegenteiligen Auffassungen oder Stimmenthaltungen. Einstimmig auch dieser Antrag so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

In der Dr. A. Klarstraße ist die Verlegung einer Niederdruckgasleitung notwendig geworden. Der Antrag lautet:

33. ÖAG - 4843/88

Stadtwerke

Verlegung einer Niederdruckgasleitung
(Hauptversorgungsstrang) in der
Dr. A. Klarstraße; Auftragsvergabe

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 28. 7. 1988 werden im Zusammenhang mit der Verlegung einer Niederdruckgasleitung (Hauptversorgungsstrang) in der Dr. Alfred-Klar-Straße nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten:
Fa. Negrelli, Steyr, zum Preis von S 399.460,-- exkl. MWSt.
2. Rohrverlegungsarbeiten:
Städt. Gaswerk zum Preis von ca. S 57.500,-- exkl. MWSt.
3. Transport der Sphärogußrohre:
Städt. Wirtschaftshof zum Preis von ca. S 6.000,-- exkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Auch bei diesem letzten Antrag ersuche ich um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort hat sich Kollege Wallner gemeldet:

GEMEINDERAT ALFRED WALLNER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren!

Ich habe ja bei der letzten Gemeinderatssitzung am 9. 6. 1988 die Anfrage gestellt - es ging um den Hauptstrang von der Druckgasleitung in der Punzerstraße -, ob mit der WAG Verhandlungen aufgenommen wurden bzw. stellt sich auch die Frage mit der Punzerschule, aber generell würde es mich interessieren, sind mittlerweile Interessenten geworben worden für diese Leitungen und wieviele sind es eigentlich jetzt oder ist weiter nichts geschehen, als daß der einmal gebaut wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich zur Aufklärung sagen, die WAG ist nach der Gemeinderatssitzung informiert worden, in diesem Zusammenhang wurde sie kontaktiert und die WAG informiert die Bevölkerung, ihre Interessenten, in erster Linie ihre Mieter - so wurde es mir mitgeteilt - und wenn sich entsprechende Interessenten melden, dann wird die WAG von sich aus wiederum sich in Verbindung setzen. Das ist also die Antwort auf Deine Frage. Diese Anregung, die Du da im Gemeinderat vorgebracht hast, ist der WAG weitergeleitet worden.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Herr Bürgermeister, darf ich ergänzend noch sagen, daß die größeren Abnehmer in Münichholz die Punzerschule und die katholische Kirche sind.

Der Herr Bürgermeister hat bereits gesagt, daß die WAG Bescheid weiß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir haben unser Interesse der WAG übermittelt. Noch jemand dazu? Das ist nicht der Fall. Bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag zustimmt. Danke. Gegen den Antrag oder Stimmenthaltungen? So beschlossen. Danke für die Berichterstattung Kollege Steinmaßl. Anstelle von Kollegen Zöchling darf ich Kollegen Pimsl um die Berichterstattung bitten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Wie schon erwähnt, darf ich Ihnen in Vertretung des auf Kur weilenden Kollegen heute diese Anträge unterbreiten. Im ersten Antrag

geht es um die Hauptschule Promenade. Im Schulhof wurden verschiedene Gebrechen festgestellt. Es mußte der Kanal erneuert werden und es waren Asphaltierungsarbeiten notwendig und gleichzeitig die Montage von Fahrradständern vorgesehen. Diese Arbeiten mußten gezwungenerweise bereits durchgeführt werden, sodaß ich Sie bitte, diesen Ausgaben nachträglich. Ihre Zustimmung zu geben. Aufgrund unseres Stadtstatutes ist es möglich, solche Ausnahmen zu bewilligen. Der Antrag lautet:

34. GHJ 2 - 1764/88

Hauptschule Promenade 16, Kanalerneuerungs- und Asphaltierungsarbeiten; Montage eines Fahrradständers

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 23. 6. 1988 bzw. der MA. VI vom 26. 5. 1988 werden im Zusammenhang mit den Kanalerneuerungs- und Asphaltierungsarbeiten sowie der Montage eines Fahrradständers bei der HS Promenade 16 folgende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten

Fa. Aigner, Steyr, zum Preis von S 531.385,20 inkl. MWSt.

2. Gewichtschlosserarbeiten

Fa. Weichselbaumer, Steyr, zum Preis von S 34.527,60 inkl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 35.000,-- (fünfunddreißigtausend)

bei der VSt 1/2120/050000.1 und

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei der VSt 5/2100/006200.5 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 32.000,-- (zweiunddreißigtausend)

bei der Vst 5/2100/006200.5 bewilligt. die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Bei der Musikschule am Brucknerplatz war es notwendig, die Fassade instandzusetzen. Hier waren verschiedene Firmen eingeladen, sich hier zu beteiligen. Der Antrag lautet:

35. GHJ 2 -3746/88

Fassadeninstandsetzung - Musik-
schule, Brucknerplatz 1

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. VI vom 22. 6. 1988 werden im Zusammenhang mit der Fassadeninstandsetzung der Musikschule Brucknerplatz 1 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten
an die Fa. Negrelli, Steyr, zum Preis von S 212.892,-- inkl. MWSt.
2. Maler- und Anstreicherarbeiten
an die Fa. Huber, Steyr, zum Preis von S 130.218,-- inkl. MWSt.
3. Spengler- und Dachdeckerarbeiten
an die Fa. Bandzauner, Steyr, zum Preis von S 88.980,-- inkl. MWSt.
4. Tischlerarbeiten
an die Fa. Staudinger, Steyr, zum Preis von S 9.000,-- inkl. MWSt.
5. Blitzschutzarbeiten
an die Fa. Lamplmayr, Steyr, zum Preis von S 9.000,-- inkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 450.000,-- (vierhundertfünzigtausend)

werden bei VSt 5/3200/010070.3 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Mit einer Stimmenthaltung beschlossen.

1 Stimmenthaltung: GAL

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Im Bereich des Magistrates war ein Kopiergerät in Funktion, welches bereits 10 Jahre alt ist und nur mehr unzulänglich seine Aufgaben erfüllen konnte, weil die Anforderungen immer größer werden. Es gibt auch keine Ersatzteile mehr dafür, sodaß sich nach Prüfung, ob eine dezentrale oder zentrale Kopiermöglichkeit geschaffen werden sollte, letztlich aus wirtschaftlichen Gründen und aus Kostengründen der dezentralen Kopierung der Vorzug gegeben wurde. Zu diesem Zweck wurden eine Reihe von Firmen eingeladen, zu offerieren und es waren insgesamt 10 Firmen - daher der Akt so umfangreich - an dieser Ausschreibung beteiligt. Nach Prüfung der Kosten, Zweckmäßigkeit und auch der Wartungskosten wurde die Fa. Bichler mit diesem Auftrag betraut.

Der Antrag lautet:

36. GHJ 1 - 3210/88

Anschaffung von Kopiergeräten
für den Magistrat Steyr

Der Gemeinderat wollte beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 3. August 1988 wird der Magistrat der Stadt Steyr zum Abschluß nachstehender Verträge ermächtigt:

1. Abschluß eines Vertrages mit der Österreichischen Leasing Linz, Hessenplatz 8, 4020 Linz, über das Anleasen der von der Fa. Bichler OHG angebotenen SHARP-Kopiergeräte mit einer Leasingdauer von 60 Monaten und einer monatlichen Leasingrate von S 14.437,40 inkl. MWSt., wobei nach Ablauf der 60monatigen Leasingdauer diese Geräte mit Zahlung einer weiteren Monatsmiete in das Eigentum der Stadt Steyr übergeführt werden können.
2. Abschluß eines Service- und Wartungsvertrages mit der Fa. Bichler OHG, Siegfried-Marcus-Straße 3, 4400 Steyr, auf die Dauer von mindestens 5 Jahren, verlängerbar um 2 weitere Jahre, zum Preis von S 0,188 je hergestellter Kopie.
3. Zur Wahrung des Vorsteuerabzuges hat die Verrechnung der Leasingkosten und der Servicekosten getrennt nach Kostenstellen zu erfolgen.

Ich bitte Sie um Freigabe des dafür notwendigen Betrages. Dieser Betrag setzt sich zusammen für den Ankauf von 10 Kopiergeräten und gleichzeitigen Wartungsvertrag. Es ist aus dem Amtsbericht ersichtlich, daß diese Frage sehr eingehend geprüft wurde, weil ja letztlich sich die Frage sofort stellt, ob es sinnvoll ist, diese Kopierer in dieser Anzahl zu kaufen, zu leasen und es hat auch die wirtschaftlichkeitliche Prüfung gezeigt, daß es sehr wohl der vorgeschlagene Weg und die vorgeschlagene Lösung als die sinnvollste ist. Ich bitte Sie daher um Zustimmung für diesen Antrag zum Ankauf dieser Kopiergeräte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu Wortmeldungen? Herr Ing. Pragerstorfer.

ING. KARL PRAGERSTORFER:

Ja, Kolleginnen und Kollegen, wenn man den Papierhaufen so anschaut mit vielen Anträgen und Dingen, dann wollte ich es im ersten Moment gar nicht glauben, daß es so etwas tatsächlich gibt. Ein Bericht, wo drinnen steht: 1. Warum braucht man etwas? 2. Was gibt es für Alternativen? 3. Was kosten die Alternativen? 4. Die Beamten haben sich freundlicherweise erklärt, eine Alternative vorzuschlagen mit Begründung, neben Preisvergleich auch noch dazu was über den Preisvergleich hinausgeht bei der Beurteilung der Angebote. Außerdem freut es mich sehr, daß eine Steyrer Firma das Geschäft machen wird. So etwas würde ich mir öfters wünschen als Entscheidungsgrundlage des Gemeinderates. Die Beamten, die das gemacht haben, meine Hochachtung, das war wirklich ordentlich. So wie ich auch bei manchen Sachen meine Mißachtung ausdrücke, will ich auch meine Zustimmung zu gewissen ordentlichen ausgearbeiteten Sachen einfach ausdrücken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie für den Antrag sind. Danke. Gegen den Antrag oder Enthaltungen? Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Im nächsten Antrag geht es darum, daß ein Teilstück der Friedhofstraße in öffentliches Gut übernommen werden soll, und zwar hängt das zusammen mit der Schaffung von Bauparzellen auf den ehemaligen Schladergründen. Die Einmündung zwischen Zelenka-Straße und Friedhof ist immer noch Privateigentum der Stadt und es wird seit längerer Zeit für den öffentlichen Verkehr benutzt, sodaß es tunlich ist, wenn wir dieses Stück in öffentliches Gut übernehmen.

37. Bau 2 - 3090/88

Übernahme eines Teilstückes der Friedhofstraße in das öffentliche Gut

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme des Teilstückes der Friedhofstraße mit der Grundstücksbezeichnung 1262/2, KG Gleink, als Ortschaftsweg in das öffentliche Gut wird zugestimmt.

Ich darf Sie bitten, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder gibt es Stimmenthaltungen. Somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Der nächste Antrag handelt von dem Verkauf eines Grundstückes, auf dessen Grundstück derzeit sich das Sportgeschäft Neugebauer, Firmeninhaber sind die Brüder Schmid, befindet, es soll wegkommen und durch ein neues Gebäude ersetzt werden. Die Stadtgemeinde hat geprüft, inwieweit dieses Grundstück für eigene Zwecke in der nächsten Zeit benötigt oder in Reserve gehalten wird. Nach reichlicher Prüfung ist dieser Verkauf vorgeschlagen, noch dazu, wo sich die Käufer bereit erklärten, innerhalb einer befristeten Zeit dort ein entsprechendes Gebäude zu errichten, welches auch den Auflagen der städtischen Bauordnung entspricht.

38. ÖAG - 7616/87

Verkauf des Grundstückes 1382/1 Bfl, EZ. 457, an die Schmid Warenhandels-Ges.m.b.H., Steyr, Pachergasse 4

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf des Grundstückes 1382/1 Baufläche, EZ. 457, KG Steyr, im Ausmaß von 433 m² zum Preis von S 1 Mio. an die Herren Johann und Kurt Schmid (Inhaber der Fa. Warenhandels-GesmbH) Innsbruck bzw. Sport und Moden Neugebauer Steyr), wird zugestimmt. Die Käufer haben die Verpflichtung zu übernehmen, das Grundstück innerhalb von 3 Jahren zu verbauen, wobei sich die Stadt zur Sicherung dieser Bauverpflichtung ein Wiederkaufsrecht vorbehält. Sämtliche Kosten des Grunderwerbes gehen zu Lasten der Käufer.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Auf den ehem. Schladergründen im Stadtteil Gleink sollten Siederparzellen errichtet werden und an interessierte Siedlungswerber verkauft werden.

Sie wissen, daß wir in den letzten Jahren gerade für die Errichtung von Arbeiterwohnstätten - wie der offizielle Ausdruck lautet - in größerem Umfang Bewerber aufgetreten sind. Wir haben in der Vergangenheit sehr häufig feststellen müssen, daß in Ermangelung entsprechender Grundstücke und Grundstückspreise natürlich auch viele Siedler in die Nachbargemeinden abgewandert sind und erst seit dem sich die Stadtgemeinde zu diesem Weg entschlossen hat, können wir erfreulicherweise feststellen, daß immer mehr Steyrer Bürger von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich innerhalb der Stadtgrenzen ein Eigenheim zu errichten. Dieser Zweck soll neuerlich unterstützt werden und es ist beabsichtigt, diese Grundstücke zu parzellieren und zu veräußern. Es sind bereits einige Käufer aufgetreten. Es sind dies die Familien Manfred Manfred PETER, Ing. Ronald Penzinger, Frau Ursula Zaillenthal, Herr Karl-Heinz Feihl, Herr DI. Gottfried Czaby und Herr Hermann Hinterlechner. Restliche Parzellen sind noch zu haben. Es liegen derzeit keine Kaufansuchen vor und es ist jederzeit möglich, die restlichen Parzellen nach entsprechender Absicht zu bekommen. Ich darf Sie bitten, diesem Grundkaufansuchen Ihre Zustimmung zu geben.

39. Bau 2 - 5670/86

Parzellierung und Verkauf der Schladergründe im Stadtteil Gleink

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Magistratsdirektion wird dem Verkauf der aus den ehemaligen Schladergründen entstandenen Siedlerparzellen zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Grundstück 452/1	1.045 m ²	an	Manfred PETER, Resthofstr. 52, 4400 Steyr
Grundstück 452/2	1.043 m ²	an	Ing. Ronald Penzinger, Kegelprielstr. 3, 4400 Steyr
Grundstück 452/3	963 m ²	an	Ursula Zaillenthal, Dieselstr. 25, 4400 Steyr
Grundstück 453/3	912 m ²	an	Karl-Heinz Feihl, Steinfeldstr. 8/3, 4400 Steyr
Grundstück 453/5	931 m ²	an	Dipl.-Ing. Gottfried Czaby, Goldbacherstraße 58 a, 4400 Steyr
Grundstück 453/6	877 m ²	an	Hermann Hinterlechner, Roseggerstraße 12, 4400 Steyr

Sämtliche Grundstücke liegen in der KG Gleink, EZ. 156 und 478.

Der Kaufpreis beträgt S 350,-- je m² und ist in drei gleichen Jahresraten zu entrichten, wobei die erste Kaufpreistraterate bei Unterfertigung des Kaufvertrages und die beiden weiteren Teilbeträge jeweils ein Jahr danach zur Bezahlung fällig sind. Der Anliegerbeitrag für die Fahrbahn- und Gehsteigerstellung ist mit der ersten Kaufpreistraterate zu bezahlen.

Auf eine Verzinsung des Kaufpreisrestes wird verzichtet, es wird jedoch Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 1986 vereinbart. Ebenso wird auf eine grundbücherliche Sicherstellung des Kaufpreisrestes verzichtet, im Falle des Zahlungsverzuges können 10 % Verzugszinsen verrechnet werden.

Im Kaufpreis ist inbegriffen die Herstellung der Zufahrtsstraßen nach dem genehmigten Parzellierungsplan, die Herstellung des Kanal- und Wasseranschlusses bis zum jeweiligen Hauskontrollschacht sowie die Herstellung des Stromanschlusses bis zur Grundgrenze. Die Kosten der Vermessung und Vermarktung sowie der Teilungspläne werden ebenfalls von der Stadt getragen.

Die Käufer haben die Verpflichtung zu übernehmen, auf den Kaufobjekten Eigenheime innerhalb von sechs Jahren ab Vertragsunterfertigung zu errichten. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht vor.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand das Wort dazu? Bitte Herr Ing. Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin in einem Einfamilienhaus aufgewachsen. Ich kann aus eigenem beurteilen, was für Vor- und Nachteile Einfamilienhäuser haben. Ich kann jeden recht gut verstehen, der sich heutzutage in die Kosten eines Häuslbauers stürzt und ein Häuslbauer sein will, aber wir müssen auch immer wieder bedenken, daß dieses Häuslbauen damit das Ausweiten der Stadt Steyr, das immer weitere Zergliedern und Zersiedeln der Stadt Steyr ist und für uns mit langfristigen Nachfolgekosten verbunden ist. Wasserleitung, Grundaufschließung, Straßen, nicht nur das, sondern die Kinder müssen in die Schule. Die Leute wollen auch ein Gemeindezentrum haben usw. Die Stadt Steyr halst sich also eine ganze Menge Kosten auf. Ich möchte Sie deswegen daher bitten, daß diese Dinge in Zukunft wieder sehr sehr genau zu überlegen, weitere Ausweitungen des Stadtgebietes nicht mehr zuzulassen, eine Intensivierung der Bebauung oder eine Nützung dieser Altstadtgebiete, die wir ja haben, eine Revitalisierung der Altstadtgebiete auch vom Gemeinderat her deutlich ein Zeichen zu geben und in Zukunft darauf zu schauen, daß die Stadt nicht mehr weiter flächenmäßig ausgedehnt wird. Bedenken Sie bitte die Kosten. Heute haben wir gerade darüber geredet.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollege Pragerstorfer. Kollege Wippersberger dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Pragerstorfer, Sie sind natürlich neu hier im Gemeinderat und weil Sie gerade von den Kosten sprechen, wenn wir den Siedlungswilligen, die Haus bauen wollen, keine Grundstücke in Steyr geben, dann siedeln sie ab. Das sind Kosten für uns. Wir bekommen dann vom Bund weniger Bundesertragsanteile. Die Bundesertragsanteile, die wir bekommen hängen mit einer Volkszählung zusammen, die alle 10 Jahre stattfindet. Die vorletzte Volkszählung war 1971, die letzte 1981. Die Bevölkerung hat in diesen 10 Jahren um über 1.600 abgenommen und das hat dazu geführt, daß wir um rund S 17 Mio. jährlich real weniger von den Bundesertragsanteilen bekommen. Also wir als Stadt müssen interessiert sein, daß Siedlungswillige, und wenn auch geeignete Grundstücke vorhanden sind, auch in Steyr Platz haben, daß sie hier Hausbauen können. Das hängt sehr viel mit den Bundesertragsanteilen zusammen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Ich möchte bei dieser Gelegenheit einer Verpflichtung nachkommen. Es betrifft nicht direkt Siedler, aber Kleingärtner. Ich habe in der letzten Zeit die Möglichkeit gehabt, bei der Eröffnung der Kleingartensiedlung beim Distelbergergut des Kleingartenvereins Resthof und des Kleingartenvereins Eysnfeld beim Mayrpeter anwesend zu sein und beide Kleingartenvereine haben mich gebeten, dem Gemeinderat für die Unterstützung bei der Errichtung dieser Anlange, die übrigens vorzüglich gelungen sind und ein Schmuckkästchen für unsere Stadt sind, zu übermitteln. Ich komme dieser Verpflichtung heimit nach. Zu den Einwendungen des Herrn Gemeinderates Pragerstorfer bezüglich der Parzellierung darf ich sagen

wir haben ein sehr kleines Stadtgebiet, nur 26 km² und Kollege Wippersberger hat schon darauf hingewiesen, es ist der Wunsch vieler Steyrer, sich ein Eigenheim zu schaffen. Alle diese Wünsche können wir sicherlich nicht befriedigen. Aber in Bereichen, wo es möglich ist und wo die infrastrukturelle AufschlieÙung finanziell vertretbar erscheint, ist das unsere Verpflichtung, auch diesen Menschen eine Hilfestellung zu geben. Wir haben in der letzten Zeit sehr gute Erfahrungen damit gemacht und ich bin also nicht ganz dieser Auffassung, daß man das einstellen sollte. Wir prüfen in jedem Fall sehr genau auch die damit zusammenhängenden Kosten. Wir haben ja nicht nur gegenüber einer Bevölkerungsgruppe, sondern jeder Bevölkerungsgruppe gegenüber Verpflichtungen, Hilfestellungen zu geben und im bescheidenen Rahmen haben wir das bisher gemacht. Herr Kollege Pimsl bitte das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich darf ergänzend zu den Herren Bürgermeister erwähnen, daß muß man wohl, daß die Stadt seit vielen Jahren gerade der Althausanierung und der Innensanierung mit beträchtlichen Mitteln hilft, daß aber selbstverständlich noch eine Reihe von Möglichkeiten bestehen, die wir sehr wohl im Auge haben und für uns ist es gerade vorbildlich, wie manche gemeindeeigene Objekte saniert werden oder durch günstigen Verkauf dann an Private wieder auf Hochglanz gebracht werden. Es besteht meines Erachtens keine Gefahr, daß die letzten Grünflächen der Stadt mit Siedlungshäusern verbaut werden. Erstens einmal haben wir diese Grünflächen gar nicht in unserem Besitz mehr. Aber ich hätte nichts dagegen, wenn die Stadt Steyr mehr Gartenstadt würde, als sie es bisher ist. Es zeigt sich, daß der Hausbauer die Privatinitiative auf dem Sektor zu ungeahnten Leistungen angeregt wird, zu weitaus nützlicheren und besseren als eine Kommune dann im Wohnbau im Stande ist und noch dazu dann eine größere Zufriedenheit erreicht wird. Ich glaube aber, daß wir mit Recht eine Zersiedelung nicht mehr in diesem Ausmaß, wie es in früheren Zeiten geschehen ist, im Auge haben. Aber ich bitte auch zu bedenken, die Zersiedelung in der Stadt ist halb so groß als wie im ländlichen Bereich, weil hier beginnt einer mit einem Hausbau ohne Kanal, ohne Wasser, ohne Strom zu haben und dann fängt der zweite, dritte, vierte an und dann beginnt, eine kleine Siedlung zu wachsen und dann kommen erst die AufschlieÙungsarbeiten und alle Einrichtungen, die eben in der Infrastruktur für das Zusammenleben einer Gemeinschaft notwendig sind. In der Stadt sind sie vielfach vorhanden und ich kann sagen, daß in allen Bereichen, wo wir derzeit oder in der Vergangenheit noch Siedlungen ermöglicht haben, die Infrastruktur bereits im wesentlichen vorhanden war.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegen diesen Antrag ist niemand. Auch keine Enthaltungen. Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Mein nächster Antrag geht um Förderungsmaßnahmen der Stadt für die Pensionistenwohnungen für das Altenwohnheim im Münchenholz, welches durch die WAG errichtet wurde. Ich glaube es ist dem Gemeinderat bekannt, daß ursprünglich eine etwas andere Lösung vorgesehen war, die sich nach Prüfung und nach Diskussion im Stadtsenat für die Stadt als nicht sehr vorteilhaft herausgestellt hat. In Verhandlungen mit dem Bürgermeister und der WAG ist es nunmehr gelungen, eine für die Stadt wesentlich günstigere Vereinbarung zu treffen und vor allem auch eines zu vermeiden, daß die Mieter dieser Altenwohnungen finanziell dadurch zukünftig belastet werden, weil sich

der Quadratmeterpreis dieser Wohnungen dadurch nicht verändert. Ich darf mir erlauben, mit Ihrer freundlichen Zustimmung im einzelnen diesen Vertrag nicht vorlesen zu müssen. Ich glaube, daß Sie davon in Kenntnis gesetzt sind. Ich bitte Sie aber um Zustimmung des Antrages.

40. Ha - 7013/87

Förderungsmaßnahmen der Stadt
für Pensionistenwohnungen; Alten-
wohnheim Münchenholz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Ergänzung zum Beschluß des Gemeinderates vom 9. 6. 1988 werden der Wohnungsaktiengesellschaft Linz für das Pensionistenwohnheim Münchenholz folgenden Förderungen gewährt:

- Ein zinsensfreies Darlehen in Höhe von S 2.560.000,--, welches nach vollständiger Rückzahlung des Bankdarlehens (35 Jahre) innerhalb von 16 Jahren verstärkt abgezahlt wird. Auf dieses Darlehen wird der mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 9. Juni 1988 als verlorener Zuschuß ausgezahlte Betrag von S 1.000.000,-- angerechnet.
- Für die Sonderausstattung ein zinsensfreies Darlehen in Höhe von S 520.000,--, welches ebenso wie das vorerwähnte Darlehen erst nach vollständiger Rückzahlung des Bankdarlehens (35 Jahre) verstärkt rückgezahlt wird.
- Die Gebühr für den Kanalanschluß in Höhe von S 39.598,-- und die für den Wasseranschluß in Höhe von S 124.270,--, somit von S 163.868,-- werden nicht zur Vorschreibung gelangen.
- Die Gebühr für den Fernwärmeanschluß in Höhe von S 165.148,-- wird nach Vorlage der Verrechnungsbestätigung refundiert.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1.000.000,-- (einemillion)

bei der VSt 5/4800/242000.6 sowie

S 165.148,-- (einhundertfünfundsechzigtausendeinhundertachtundvierzig)

bei der VSt 6/4800/777010.8 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 835.000,-- (achthundertfünfunddreißigtausend)

bei der VSt 5/4800/777010.8 auf die VSt 5/4800/242000.6 sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 245.000,-- (zweihundertfünfundvierzigtausend)

bei der VSt 5/4800/242000.6 bewilligt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Der mit Beschluß des Gemeinderates vom 8. 6. 1988 als verlorener Zuschuß freigegebene Betrag von S 1.000.000,-- wird nunmehr als Darlehen gegeben, weshalb eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,000.000,-- (einemillion)

von der VSt 5/4800/777010.8 auf die VSt 5/4800/242000.6 genehmigt wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Mein letzter Antrag handelt um einen Vertrag mit der Rettung. Der OÖ. Landtag hat im Frühjahr dieses Jahres das OÖ. Rettungsgesetz 1988 beschlossen, welches mit 1. 7. d. J. in Kraft trat. Aufgrund dieses Gesetzes gilt der Landesverband OÖ. des OÖ. Roten Kreuzes für den gesamten im Land Oberösterreich als anerkannte Rettungsorganisation und ist als solche verpflichtet, mit jeder oberösterreichischen Gemeinde, auf deren Ersuchen einen privatrechtlichen Vertrag zur Sicherstellung der erforderlichen Leistungen des allgemeinen örtlichen Hilfs- und Rettungsdienstes in Gemeindegebiet abzuschließen. Eine sehr wichtige Sache, die bisher auch ohne diesbezügliche gesetzliche Voraussetzung funktioniert und vereinbart wurde. In Steyr selbst gibt es nur das OÖ. Rote Kreuz, sodaß es an und für sich einfach war, mit dieser Roten-Kreuz-Bezirksstelle Steyr eine Vereinbarung zu treffen und ich bitte Sie zur Sicherstellung dieser Rettungsaufgaben diesen Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

41. SanR - 6412/87

Vertrag gemäß OÖ. Rettungsgesetz 1988

Der Gemeinderat wollte beschließen::

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 2. August 1988 wird dem Abschluß des in der Anlage beigeschlossenen Vertrages zwischen der Stadt Steyr einerseits und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Oberösterreich, Khevenhüllerstraße 19, 4020 Linz, andererseits zugestimmt. (Beilage F)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben auch diesen letzten Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn sie dem Antrag zustimmen. Gegen den Antrag oder Enthaltungen sind nicht zu verzeichnen. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Wir haben damit den Tagesordnungspunkt 6 erledigt. Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7, zur Aktuellen Stunde.

Die sozialistische Fraktion hat keine Wortmeldung. Die ÖVP auch nicht. Auch die GAL hat keine Wortmeldung. Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Danke für die Mitarbeit. Der Ordnung halber darf ich noch mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von S 2,798.500,-- zur Kenntnis genommen hat und bei den Verhandlungsgegenständen Beträge im Gesamtausmaß von S 35,425.900,-- beschlossen hat. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.10 Uhr

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
OAR. Walter Radmoser e.h.
VB. Winklmayr Eveline e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
Anton Vorhauer e.h.
Alfred Wallner e.h.

DER VERLEGER

Dr. phil. phil. Dr. phil. phil.

Dr. phil. phil. Dr. phil. phil.

Dr. phil. phil. Dr. phil. phil.

Dr. phil. phil. Dr. phil. phil.

Dr. phil. phil. Dr. phil. phil.